

Univerzita Karlova

Filozofická fakulta

Bakalářská práce

2020

Mária Kristína Ďurková

Univerzita Karlova
Filozofická fakulta
Ústav germánských studií: Německý jazyk a literatura

Bakalářská práce

Mária Kristína Ďurková

**Manipulation durch Sprache zur Zeit der DDR-Wende:
Marxismus, Kommunikation und Semantik**

Manipulation by Language at the Fall of the East Germany: Marxism,
communication, and semantics

Manipulace jazykem v době politických změn v NDR: Marxismus, komunikace,
sémantika

2020

Vědoucí práce:

doc. PhDr. Marie Vachková, Ph.D.

An dieser Stelle möchte ich mich bei doc. PhDr. Marie Vachková, Ph.D. bedanken, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit sehr unterstützt hat. Ein besonderer Dank gilt Herrn Thomas Schneider, Dr. phil. für seine Hilfsbereitschaft.

Prohlášení:

Prohlašuji, že jsem bakalářskou práci vypracovala samostatně, že jsem řádně citovala všechny použité prameny a literaturu a že práce nebyla využita v rámci jiného vysokoškolského studia či k získání jiného nebo stejného titulu.

V Trnave, dne 14. března 2020

Mária Kristína Ďurková

Schlüsselwörter:

DDR – Marxismus-Leninismus – Manipulation Wende Semantik
Kommunikation

Klíčová slova:

NDR – Marxismus-leninismus manipulace – zánik DDR – sémantika –
komunikace

Key words:

GDR – Marxism-Leninism manipulation the Fall of the East Germany
semantics communication

Abstrakt

Diese Bachelorarbeit beschäftigt sich mit der Sprache und Sprachsituation der DDR während und nach der sog. DDR-Wende. Dabei wird der offiziellen Parteisprache die Aufmerksamkeit gewidmet. Weiterhin geht es darum, Veränderungen in der Sprache darzustellen, die zu allmählichem Prozess der *Demokratisierung der Sprache* folgen. Der Schwerpunkt dieser Arbeit sind grundlegende Termini des Marxismus-Leninismus (*Sozialismus* und *Ideologie*) und deren Analyse im *Wende-Korpus-Ost* (WKD). Die Analyse konkreter Zeitungstexte soll komparativ ausgerichtet werden, um die semantischen Bedeutungsverschiebungen ausgewählter Wörter im Rahmen eines Textes reflektieren zu können.

Abstrakt

Táto bakalárska práca sa zaoberá jazykom a jazykovou situáciou v čase rozpadu NDR, a následne po jej zániku. Zreteľ sa kladie okrem iného aj na stranický jazyk. Predmetom práce je snaha znázorniť postupné zmeny v jazyku, ktoré viedli k *demokratizácii jazyka*, pričom dôraz je kladený na základné pojmy Marxizmu-leninizmu ako *socializmus a ideológia*. Východiskom analýz jednotlivých pojmov je korpus, tzv. *Wende-Korpus-Ost* (WKD), ktorý obsahuje publicistické texty niekoľkých významných východonemeckých periodík. Sémantické analýzy konkrétnych pojmov sú zamerané komparatívne, a tak umožňujú zachytenie sémantického posunu jednotlivých pojmov v rámci textu.

Abstract

This bachelor thesis deals with the language and language situation at the time of the fall of the GDR, and subsequently its demise. Among other things, attention is paid to the language of the party. The subject of this thesis is an attempt to show the gradual changes in the language that led to the *democratisation of the language*, with emphasis on the basic concepts of Marxism-Leninism such as *socialism* and *ideology*. The starting point for the analysis of concepts is the corpus, so-called *Wende-Korpus-Ost* (WKD), which contains journalistic texts of several important East German periodicals. Semantic analyses of specific concepts are focused comparatively, and thus allow the capture of the semantic shift of individual concepts within the text.

INHALT

EINLEITUNG.....	9
THEORETISCHER TEIL.....	10
1. EINLEITENDE ÜBERLEGUNGEN ZUR POLITISCHEN KULTUR IN DER DDR	10
2. SPRACHE IN DER DDR.....	13
2.1 EINLEITUNG.....	13
2.1.1 <i>Exkurs: Was ist ein Diskurs? Beschreibung eines entdifferenzierten Diskurses.</i>	14
2.2 SPRACHLICHE DISKURSE IN DER DDR.....	15
2.3 BETRACHTUNGEN ZUM ÖFFENTLICHEN SPRACHGEBRAUCH.....	16
2.3.1 <i>Die Rolle des Marxismus-Leninismus in der Sprache</i>	17
2.3.2 <i>Zensur und Politpropaganda in den Massenmedien</i>	19
2.3.3 <i>Medien als Instrument der politischen Führung</i>	20
3. ZU WORTSCHATZDIFFERENZIERUNGEN ZWISCHEN DDR UND BRD.....	21
3.1 BETRACHTUNGEN ZUM WORTSCHATZ UND WORTGEBRAUCH IN DER DDR UND BRD	22
3.1.1 <i>Ideologie und Politik</i>	22
3.1.2 <i>Partei, Staat, Verwaltung</i>	23
3.1.3 <i>Wirtschaft</i>	24
4. DER POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE DISKURS DER DDR IN DER	
WENDEZEIT.....	25
4.1 DER ÖFFENTLICHE DISKURS WÄHREND DER DDR-WENDE UND IM POSTSOZIALISMUS	25
4.1.1 <i>Neue Tendenzen im Wortschatz</i>	26
5. ÄNDERUNGEN IN DER SPRACHE ALS ERGEBNIS DES SICH	
VERÄNDERNDEN DENKENS.....	28
5.1 DOGMATOIDES DENKEN.....	28
5.2 DEMOKRATISCHES DENKEN	29
METHODOLOGISCHER TEIL.....	30
ANALYTISCHER TEIL.....	33
I. SOZIALISMUS.....	33
1. ZUR BEGRIFFSDIFFERENZIERUNG.....	33
1.1 ZUR GENESE DES BEGRIFFS.....	33
1.2 EIN DEFINITIONSÜBERBLICK	34
1.3 SOZIALISMUS IM SPRACHGEBRAUCH DER DDR.....	37
1.4 WEITERE ABGRENZUNGEN DES BEGRIFFS	39
2. ANALYSE.....	40
2.1 EINFÜHRUNG	40
2.2 DIE KOOKKURRENZANALYSE (CCDB).....	41

2.3	ANALYSE DER BELEGE	43
3.	FAZIT.....	62
II.	IDEOLOGIE	64
1.	ZUR BEGRIFFSDIFFERENZIERUNG	64
1.1	ZUR GENESE DES BEGRIFFS	64
1.2	EIN DEFINITIONSÜBERBLICK	65
1.3	IDEOLOGIE IM DDR-SPRACHGEBRAUCH	67
1.3.1	<i>Zur Verwendung des Begriffs der Ideologie.....</i>	<i>67</i>
1.4	ZUSAMMENFASSUNG DER BEGRIFFSDIFFERENZIERUNG: IDEOLOGIE.....	69
2.	ANALYSE.....	70
2.1	EINFÜHRUNG	70
2.2	DIE KOOKKURRENZANALYSE (CCDB).....	71
2.3	ANALYSE DER BELEGE	73
3.	FAZIT.....	81
	SCHLUSSWORT.....	83
	ZUSAMMENFASSUNG	85
	LITERATURVERZEICHNIS.....	86

Einleitung

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der Sprache und Sprachsituation in der DDR im Laufe der sog. Wende. Zum Gegenstand der Analyse wird eine empirische Untersuchung grundlegender marxistischer Termini *Sozialismus* und *Ideologie*. Als Basis für die theoretische Erfassung der marxistisch-leninistischen Konzepte dient in dieser Arbeit das Werk von Wolfgang Fleischer **Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR** (Aufl. von 1988).

Die Arbeit besteht aus einem theoretischen, methodologischen und analytischen Teil.

Im theoretischen Teil wird zunächst der politisch-kulturelle Hintergrund in der DDR beschrieben, um später die Sprachsituation darstellen zu können. Die Aufmerksamkeit wird unter anderem dem öffentlichen Diskurs und Sprachgebrauch, der durch den Marxismus-Leninismus beeinflusst wurde, gewidmet. Weiterhin ging man daran, die sprachlichen Ost-West-Unterschiede im Wortschatz, in Hinblick auf die Diskurse Politik, Wirtschaft und Staat, zu demonstrieren. Darüber hinaus wird nochmals der offizielle Diskurs erörtert, indem auf die Situation in Medien im Postsozialismus eingegangen wird. Der theoretische Teil ist mit einer Ausführung über den Einfluss des Denkens an die Sprache zu beenden.

Der methodologische Teil widmet sich einerseits der terminologischen Klärung der sog. *Schlüsselwörter*, andererseits skizziert die Vorgehensweise bei der Durchführung der Analysen. Jeder Analyse geht die sog. **Genese des Begriffs** und die daran knüpfende **Frequenzanalyse** voran. Insgesamt werden zwei ausführlichen Untersuchungen (*Sozialismus* und *Ideologie*) vorgenommen, wobei der gesellschaftspolitische Hintergrund der DDR-Wende mit den semantischen Beschreibungen in Einklang gebracht wird. Als Ausgangspunkt zur Untersuchung dient das am IDS entstandene Korpus, das sog. **Wende-Korpus-Ost** (WKD). Die Semantik ist unter anderem anhand der Kookkurrenzanalysen im statischen Korpus CCDB verdeutlicht.

Weiterhin geht es im analytischen Teil darum, Veränderungen in der Sprache darzustellen. Der Schwerpunkt dieses Teils der Arbeit liegt in empirischen Bearbeitungen publizistischer Texte der ostdeutschen Periodika (z. B. *Neues Deutschland*, *Junge Welt*). Dabei spielen die Kollokationen und Kontexte, in denen sich die Begriffe *Sozialismus* und *Ideologie* befinden, vordringliche Rolle.

Theoretischer Teil

1. Einleitende Überlegungen zur politischen Kultur in der DDR

Es ist anzunehmen, dass dreißig Jahre nach dem Mauerfall nicht genügen, um in der Generation *Einheit* und sogar in den jüngeren Jahrgängen die Frage nach der Existenz einer Kluft zwischen Ost und West mit Nein zu beantworten: Kontinuierlich wird von „Ost“ und „West“ oder „Ossis“ und „Wessis“ gesprochen. Diese Kluft ist auch in der gegenwärtigen Politik zu finden. Die noch-existierende „Grenze“ indiziert noch-existierende „Mauern“ in den Köpfen des schon-wiedervereinigten Deutschland.

Die Abgrenzung vom „Östlichen“ zum „Westlichen“ beruht nicht nur auf der überdauernden Denkweise der Deutschen, sondern auch auf der Behandlung der Sprache. Die einhergehende Abgrenzung basiert auf einem unterschiedlichen Sprachusus. Zwar hat man sowohl in den beiden deutschen Staaten von der deutschen Sprache gesprochen und gelesen. Die Sprachbenutzer auf beiden Seiten registrierten jedoch deutlich eine unterschiedliche Handhabung der Sprache in den Medien in der BRD und in der DDR, vor allem große Unterschiede in der Lexik. Diese Kluft überdauerte dann noch Jahre nach der Wende und wurde generationsspezifisch wahrgenommen.

Diese Arbeit widmet sich dem DDR-Deutschen jener Jahre, die einen Übergang zur Demokratie und hiermit einem anderen Sprachusus markieren.

Bevor die sprachlichen Merkmale dieser Phase behandelt werden, muss zunächst die Gemengelage der politischen Kultur vor der sog. DDR-Wende beschrieben werden, um später auf eine semantische Betrachtung ausgewählter Ausdrücke eingehen zu können.

Als Konsequenz der Separation der beiden deutschen Staaten könnte die Entfaltung der in der DDR drei wichtigsten politisch-kulturellen Strömungen angesehen werden. Die Einteilung identifiziert sich zugleich mit Einstellungen der Bevölkerung.

Es lassen sich in der DDR folgende Kulturen beobachten:

1. die **offizielle politische Kultur**,
2. ihre **traditionelle Variante**,
3. die **Ansätze zu einer alternativen politischen Kultur** (vgl. Burkhard 1015: 4).

Am Anfang wird die Aufmerksamkeit der *offiziellen Kultur* gewidmet, die als „Element einer durch die Parteiführungen prognostizierten kommunistischen Zielkultur die zentralen Zielwerte Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit [enthielt] und stand insofern im Wertehorizont der durch die französische und amerikanische Revolution eröffneten Moderne“ (Burkhard 2015: 4); dabei wurde für die politisch-praktische Ebene eine Reihe wichtiger Regulative betont.

Diese sind:

- „Die Allgemeingültigkeit, die Geltung des Marxismus-Leninismus als weltanschauliche und zugleich fachwissenschaftliche Grundalge des politischen Lebens, [...], als Sprache des öffentlichen und allen beruflichen Lebens;
- die Anerkennung der Arbeitsleistung als zentrale Werkkategorie;
- den Vorrang gesellschaftlicher und kollektiver Ziele und Verhaltensweisen vor privaten und individualisierten Haltungen;
- die Allzuständigkeit des Staates in allen Fragen von systemischem Belang, eingeschränkt nur durch den Führungs- und Kontrollanspruch der SED und ihres Sicherheitsapparates (Ministerium für Staatssicherheit)“ (Burkhard 2015: 4).

Jedoch war für die DDR-Öffentlichkeit die Herrschaftspraxis der Parteiführung gut wahrnehmbar, indem „die kommunistische Zielkultur durch die Herrschaftspraxis der Parteiführung der SED diskreditiert wurde. Die Diskreditierung ergab sich vor allem aus dem Widerspruch zwischen dem humanistisch-idealistischen Anspruch und der Ratio und den praktischen Formen der leninistisch-stalinistischen Gewaltherrschaft. Der in der russisch-sowjetischen Revolution propagierte Vorrang der Gewalt vor anderen politischen Mitteln wurde nicht revidiert [...]“ (Burkhard 2015: 5). Wie im analytischen Teil mehrmals hervorheben wird, sollen die parteilichen Einstellungen nur affirmationstauglich (vgl. Burkhard 2015) erschienen.

Die offizielle Kultur wurde auf solchen Prinzipien aufgebaut, die viele Gemeinsamkeiten mit den Themen der Vorkriegszeit aufwiesen. Diese stellten den Ausgangspunkt für die **traditionelle politische Kultur** dar: Die 30er Jahre sind durch die „Faszination des schnellen wirtschaftlichen und politischen Aufschwungs, des deutschen ‚Wirtschaftswunders‘ und der damit zusammenhängenden massenhaften Ausbreitung von Tourismus, Konsum und sozialer Sicherung“ geprägt (Burkhard 2015: 5). All dies inspirierte die DDR-Arbeitergesellschaft.

Dabei steht im Vordergrund die Grundmuster der paternalistischen Herrschaft und zwar – *wirtschaftliche und soziale Wohlergehen*, was als Identifikationsthema der Menschen in ihren Beziehungen untereinander und zur Politik war: „Für die traditionell orientierte Bevölkerung war deshalb die politische Herrschaft der SED am ehesten dann akzeptabel, wenn der Staat ausreichenden wirtschaftlichen Fortschritt, soziale Sicherheit und öffentliche Ordnung gewährte“ (ebd.). Natürlich sind offizielle und traditionelle politische Kultur sehr eng zusammenverbunden.

Gegenüber den hier beschriebenen politisch-kulturellen Ansätzen grenzt sich die alternative politische Kultur ab, die sich als eine gegensätzliche politische Kultur bezeichnen lässt.

Die in den 1970er Jahren entstandene gesellschaftspolitische Ansätze können als eine **alternative politische Kultur** interpretiert werden. Diese orientierten sich „gegen die vorherrschende technische Vernunft, gegen Militarisierung und politische Disziplinierung der Gesellschaft sowie die Naturzerstörung durch einen ungebremsten Industrialismus. Sie resultierten aus einer veränderten Wahrnehmung und Interpretation der Realität durch die Generation der Jugendlichen. Jugendliche in Umweltgruppen und in der autonomen Friedensbewegung innerhalb der evangelischen Kirche versuchten praktisch zu leben, was sie öffentlich an ökologischem und pädagogisch-kulturellem Wandel einforderten“ (Burkhard 2015: 7). Es waren vor allem die Jugendlichen, die in den 1980er Jahren eine Konfliktkultur des öffentlichen Debattierens, Streitens und Demonstrierens verlangten, die als eine Reaktion auf die politische Anpassungskultur als auch den Rückzug in die politische Passivität und kompensatorischen Konsum¹ war (vgl. ebd.).

Hiermit sind die ersten kulturellen Überblicke gegeben. Da diese politisch-kulturellen Ansätze in der DDR tagtäglich erlebt wurden, können im Folgenden die hier erläuterten kulturellen Ausprägungen und die sprachlichen Phänomene der DDR in Einklang gebracht werden.

¹ im Zusammenhang mit dem stärkenden Konsum in der DDR etablierte sich der Begriff die *Nischengesellschaft* (angeeignet von G. Gauß).

2. Sprache in der DDR

2.1 Einleitung

Wenn von einer sich verändernden deutschen Sprache die Rede ist, dann muss im ersten Schritt der Vorzustand der Sprache definiert werden: Die Sprachforschung in beiden deutschen Staaten sammelte mehr als 2000 DDR-spezifische Wörter, Gebrauchsweisen und Bedeutungen, die in Wörterbüchern aufgearbeitet wurden. An dieser Stelle ist auf das sechsbändige *Wörterbuch der deutschen Sprache* (WDG) von Klappenbach/Steinitz hinzuweisen, das als erstes Wörterbuch die Spezifika beider Staaten mit z. B. „DDR“, „BRD“ (oder Neuwort/Neuprägung/Neubedeutung) vermerkte (vgl. Hellmann 1990: 268). Die Bewertung dieser deutlichen DDR-Spezifika führte in der Vergangenheit zu heftigen Auseinandersetzungen, die die „Sprachspaltung“ bzw. Erwartungen einer *eigenständigen nationalsprachlichen DDR-Variante* prophezeiten. In der Tat: In den 70er Jahren bemühte sich die regierende Partei (SED) eine *sozialistische Nationalsprache* und *Nationalkultur* im Rahmen „einen sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ herzustellen (vgl. Hellmann 1993: 18). Wolfgang Fleischer merkte jedoch an, dass es sich vielmehr um Besonderheiten in der einen deutschen Sprache, allerdings um staatspezifische, gesellschaftsspezifische Besonderheiten in durchaus nennenswerter Zahl handele, aber nicht um eine eigenständige nationalsprachliche Variante (vgl. Hellmann 1993: 6).

Schließlich führten die Erwartungen einer eigenständigen nationalsprachlichen DDR-Variante zu einem relativen Konsens: Es gäbe eine deutsche Sprache, was das grammatische System betrifft, die Regeln der Wortbildung, den Grundwortschatz und eine Reihe der stilistischen Normen (vgl. Hellmann 1990: 268); es gibt aber auch erhebliche Besonderheiten im Wortschatz und im Gebrauch, teilweise in den Stilnormen, aber auch im öffentlichen Sprachgebrauch. An dieser Stelle ist zu berücksichtigen, dass das Vokabular der öffentlichen Sprache der DDR² stark von der spezifischen Sprache des Marxismus-Leninismus und des administrativen Staatsapparates betroffen war (vgl. Reiher 2011: 263).

Mit dem *öffentlichen Sprachgebrauch* werden sich nachkommende Kapitel beschäftigen, nachdem der Terminus *Diskurs* erklärt wird.

² Hier ist zu erwähnen, dass die DDR-Wörterbücher „geben im Bereich politisch-ideologischer Bedeutungserklärungen nicht unbedingt die Auskunft über deren tatsächliche Geltung im allgemeinen Sprachgebrauch, sondern zunächst nur über den erwünschten Gebrauch“ (Hellmann 2008: 249).

2.1.1 Exkurs: Was ist ein Diskurs? Beschreibung eines entdifferenzierten Diskurses

Bevor die einzelnen DDR-Diskurse thematisiert werden, wird der Begriff *Diskurs* und *Diskurslinguistik* erläutert: „Im Diskurs werden die Bedeutungen der Wörter und die Bezeichnungen für Sachen und Sachverhalte ausgehandelt“ (Reiher, Läser 1996: 286). Die Diskurslinguistik ist sich einig, dass „Texte in ihren intertextuellen Zusammenhängen als Teile von Diskursen anzusehen sind“ (Fix 2014: 19).

Damit ist auf den Diskursbegriff Foucaults zu verweisen, der Diskurse als „Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem angehören“ versteht (Foucault 1981: 56, zit. nach Fix 2014: 23). Der gemeinsame Nenner aller Diskurse sind die jeweiligen Gruppierungen, die danach streben, „durch spezifischen Sprachgebrauch abgrenzbare Unterdiskurse zu generieren, die ihrerseits wieder dazu beitragen, ein Identitätsgefühl der Gruppe zu generieren“ (Reiher, Läser 1996: 287). Es hängt natürlich vom Sprecher ab, die Zugehörigkeit zu einer gewissen Gruppe zu bestimmen (vgl. ebd.).

Im Fall der DDR können unter „Mengen von Aussagen“ vor allem diejenigen Texte verstanden werden, die schlichtweg Texte eines Doktrinenbereichs repräsentieren (vgl. Auer 1999: 238, zit. nach Fix 2014: 26). Beispiele sind in den Nachrichtentexten zu finden, weil „alle öffentlichen Texte in diesem ideologisch-wertenden diskursiven Zusammenhang [standen]“ (ebd.). Darüber hinaus handelt es sich um einen rituellen Diskurs, der „möglichst alle Beteiligten, auch gegen ihren Willen, in die rituelle Kommunikation einschließt: Wenn alle Texte des öffentlichen Sprachgebrauchs der Bestätigung ideologischer Werte dienen, waren alle Sprachteilnehmer, ob sie es wollten oder nicht, an diesem rituellen Diskurs beteiligt“ (Fix 2014: 26).

Hiermit lässt sich die Tatsache resümieren, dass die o. g. Möglichkeit des Sprechers, sich in einen beliebigen Unterdiskurs zu involvieren, mithilfe sprachlicher Regulative rasant unterdrückt wurde. Dies lässt sich vorbildlich an den sog. Leittexten (z. B. Bericht des ZK der SED auf dem XI. Parteitag) anzuzeigen, in denen sich die parteiliche Autorität durch Zitate, Paraphrasierungen bzw. Quellenangaben (z. B. Marx/Engels Werke) zu legitimieren versuchte (vgl. Fix 2014: 48).

Das Resultat dieser (nicht nur sprachlichen) Handlung ist das Entstehen eines homogenen Diskurses, der sich auch als *DDR-Orthodoxie* bezeichnen lässt (vgl. Reiher, Läger 1996: 286): „In einem homogenen Diskurs, in einem Diskurs ohne Pluralismus, findet sich keine Vielfalt der Weltanschauungen. Es gibt keinen Wettstreit um Bedeutungen und Benennungen. Abweichende Vorstellungen klingen fremd, befremdlich und falsch. Der öffentliche politisch-gesellschaftliche Diskurs in der DDR war ein solches homogene Gebilde“ (ebd.).

2.2 Sprachliche Diskurse in der DDR

Es existierten doch in der DDR, in Unterschied zur damaligen BRD, Sphären und Diskurse, in denen unterschiedliche Sprachen gesprochen wurden. Im Folgenden werden diese thematisiert.

Ein Überblick:

1. Der öffentliche Diskurs betrifft

- politische Veranstaltungen, öffentliche Versammlungen; v. a. in Form von Statements,
- Medien und
- Andere Institutionen (Schule, Ämter, Armee).

2. Der halböffentliche Diskurs bezieht sich auf

- Kirchen und Oppositionsgruppen,
- kultureller Bereich, Parteien, Interessengruppen.

3. Der privat-zwischenmenschliche Diskurs ist für Familien-, Nachbarn-, Freundes- und Bekanntenkreis typisch.

Der unter 1. genannte öffentliche Diskurs repräsentiert grundsätzlich den regierungs- und parteioffiziellen Diskurs. Dieser wird durch die Medien realisiert, die an staatliche Organisationen gebunden waren. Es gab in den genormten Kommunikationssituationen manche kommunikative Regulative (Hellmann 1990: 269), die den Parteijargon vom Umgangs-DDRisch (vgl. ebd.) differenzierten. Es sind diejenigen Kollokationen des Parteijargons wie: *orientieren auf, die Zielstellung sagt, von unserem Kollektiv, Raum für breites Schöpfertum schaffen* usw.

Dabei handelte es sich nicht nur um die Sprache der DDR-Medien, sondern auch um die gesamte Decke (vgl. Hellmann 1988: 98) des offiziellen Sprachgebrauchs: Die Veranstaltungen, Versammlungen oder Schulungen nahmen im beruflichen Leben eines DDR-Bürgers einen beträchtlichen Anteil ein. Das heißt aber nicht, dass jemand, der DDR-spezifische Wörter und Wendungen gebrauchte, automatisch für einen Anhänger des Systems gehalten wurde.

Die unter 2. genannte halböffentliche Kommunikation beschränkte sich nicht nur auf Kirchen oder Oppositionsgruppen, sondern betraf auch Schriftsteller- und Intellektuellenkreise.

Alles im allem: Der privat-zwischenmenschliche Diskurs unterscheidet sich von den o. g. Diskursen dadurch, dass gerade hier vorbildlich der sog. inneren Mehrsprachigkeit (Fraas/Steyer 2008: 304) einer Sprachgemeinschaft Ausdruck verliehen wird: „Obwohl hier eindeutig alltagssprachliche Elemente eine dominierende Rolle spielten, existierten auch Elemente der öffentlichen Rede, indem sie in Problemdiskussionen explizit gemacht wurden und de facto über sie verhandelt wurde“ (Fraas/Steyer 2008: 304). Das führte dazu, dass „die Politikäußerungen reformuliert [wurden]. Es wurde die Art und Weise kritisiert, wie die DDR-Medien Sachverhalte/Wirklichkeitsausschnitte reflektierten. Damit wurden als Bewertungsmuster und Rituale öffentlicher Rede thematisiert, zumeist, um sich von ihnen zu distanzieren“ (ebd.).

Was die Umgangssprache und Mundarten betrifft, ist die Tendenz in beiden deutschen Staaten ähnlich: In einigen Gruppensprachen (z. B. in der Jugendsprache) ist eine signifikante Eigenständigkeit erkennbar (Hellmann 1988: 107). Im Folgenden wird vorrangig die Sprache des öffentlichen Gebrauchs thematisiert.

2.3 Betrachtungen zum öffentlichen Sprachgebrauch

Den öffentlichen Diskurs vertrat die repräsentative Form des Sprachgebrauchs einer Partei, deren *Ideologie als Wissenschaft* angesehen wurde: „Der Marxismus-Leninismus ist allmächtig, weil er wahr ist“ (Siewert 2004: 11). Dies lässt sich auch in der sprachlichen Realität beobachten, wo die Züge einer Wissenschaftssprache/Fachsprache, d. h. die Mehrheit von Termini, die sog. Worthülsen (wie z. B. *wissenschaftlich-technische Revolution*³), standardisierte Formen, sehr stark ausgeprägt waren. Gerade ihr hoher Grad an Normierung

³ weiter *Umgestaltung, Veränderung, Demokratie – demokratisch*

und Standardisierung (bedingt durch die allgemeine politische, ökonomische und kulturelle Realität) veranlasste die DDR-Bürger, sich zum Code-switching zu wenden.

Erhard Eppler beschreibt den öffentlichen Narrativ der Partei: „Die SED hatte nur einen Ton, und den gab die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus vor, ganz gleich in welcher Umgebung, aus welchem Anlass und mit welcher Absicht zu reden und zu schreiben war“ (Siewert 2004: 11). Im Weiteren wird diese These noch detaillierter ausgeführt.

2.3.1 Die Rolle des Marxismus-Leninismus in der Sprache

Ohne Zweifel kann behauptet werden, dass die Sprache durch die Ideologie des Marxismus-Leninismus enteignet (vgl. Burkhard 2015: 20) wurde: „Die Enteignung der Sprache in der DDR muss als das Produkt einer über vierzigjährigen Reglementierung und Überwachung des Sprachverhaltens bzw. einer permanenten und gezielten Einübung durch Sozialisationsinstanzen wie Schulen, FDJ-Organisationen [...] angesehen werden. Die politische Spracherziehung zielte dabei sowohl auf Sprachhygiene, d. h. auf Tilgung von Wörtern, Begriffen, Symbolen und Metaphern aus dem Sprachschatz des sog. ‚Klassenfeindes‘, der Bundesrepublik Deutschland, bei Einführung von Neologismen, die auf marxistisch-leninistischer Terminologie basierten“ (Burkhard 2015: 20).

Von einem anderen Standpunkt aus gesehen lässt sich sagen, dass die Sprache des deutschen Kommunismus (vgl. Reiher 2011: 264) mithilfe der tradierten Marx'schen Metaphern, mit Freund-Feind-Stereotypen, Leerformeln die Ausübung politischer Macht tangierte (vgl. Burkhard 2015: 21). Daraus ergibt sich, dass die Sprache durch die Ideologie instrumentalisiert wird und diese Instrumentalisierung der Sprache wird an allen ihren Ebenen, z. B. Wortschatz (aber auch individuelle Wortwahl) sichtbar. Allmählich kristallisierte sich solch ein Sprachprofil, dessen Funktion „in der Integration des gesellschaftlich verfügbaren Wissens zum Zwecke der ideologischen Kontrolle [bestand]“ (Ludz 1980: 129ff, zit. nach Burkhard 2015: 21).

Es ist die sog. **Verlautbarungssprache** entstanden, die mit neuen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedürfnissen der SED entwickelt wurde.

Verlautbarungssprache heißt „Vorliebe für lange, feierliche Titulaturen, Freund-Feind-Schemata, die dogmatische Selbstgewissheit, die Aktivierung bzw. Gängelei der Bevölkerung

sowie die realitätsferne Schönfärberei, die letztendlich zum Selbstbetrug führte“ (Siewert 2004: 14). Sie sollte primär auf den Aufschwung oder Erhöhung des Lebensstandards im DDR-Alltag reagieren. Deshalb gab es grundsätzlich in allen öffentlichen Texten einen großen Anteil an marxistisch-leninistischer Terminologie, propagandistischen Formeln, die sich durch Elemente des bürokratischen Direktivenstils und ein spezifisch institutionelles Vokabular auszeichneten.

Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass Wirtschaftspolitik als die wichtigste Politik der DDR betrachtet wurde. Ihre *Vordringlichkeit* spiegelte sich primär in der Lexik wider: „Ein wesentlicher Teil des Wortschatzes der marxistisch-leninistischen Politik [ist] sozialökonomisch determiniert. Das heißt, dass spezielle Fachausdrücke der Wirtschaftspolitik gleichzeitig zu der Lexik gehören, die als zentraler politischer Wortschatz in fast allen Teilbereichen des Wortschatzes der Gesamtpolitik vorhanden ist, wie die Termini für sozialökonomische Formationen, z. B. Kapitalismus und Kommunismus. [...] Der komplexe Charakter der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird hier im Sprachlichen fassbar“ (Siewert 2004: 15). Damit sind auch manche der Honecker'schen politischen Wendungen rasch in die öffentliche Sprache eingedrungen und später haben sie sich zu Schlagwörtern entwickelt, z. B. *Sozialismus in den Farben der DDR* oder *Kontinuität und Erneuerung*.

Zu den vorwiegend betroffenen Teilbereichen gehören v. a. die Lexik und im weitesten Sinne auch der Stil. Die Frage des Stils im öffentlichen Sprachgebrauch ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Erstens, durch den grundsätzlich parteilichen Gestus (in DDR-Zeitungen) und einen propagandistischen Ton, der natürlich positiv erfolgt und die negative Tönung bei allem, was *kapitalistisch* ist, aufzeigt. Zweitens wird zu Engagement, zu mehr Aktivität und Initiative aufgefordert. All das spiegelt sich in allen DDR-Periodika wider.

Hier eine Aufzählung der auffälligsten sprachlichen Phänomene (s. Hellmann 1988):

- a) Häufiges Pathos (realisiert durch Wahl entsprechender Adjektive): *heldenhaft, siegreich, unerschütterlich* usw.
- b) Direktiver Stil: Zu den gebräuchlichen Formeln gehört *ist zu* plus Infinitiv, also *etwas ist zu nutzen*; oder *das erfordert* usw.
- c) Stereotype Verbindungen: *die sozialistische Menschengemeinschaft, die ökonomische Hauptfrage* usw.
- d) Attributketten (insbesondere bei Titeln, die Gedankenstrich-Syntax bei Losungen): *Für einen breiten Massensport – für hohe sportliche Leistungen, International anerkannt –*

Handelspartner der DDR; Für Gesundheit, Erholung und Lebensfreude, für Frieden uns Sozialismus – treibt Sport usw.

- e) Verwendung von Modalwörtern (Modifikatoren): In „westlichen“ Periodika und Texten, in Unterschied zu Texten in der DDR, sind die Wörter wie *vermutlich, sicher, wahrscheinlich* u. a. häufiger zu finden. Dieser auffallende Frequenzunterschied der abschwächenden Modalwörter hat etwas mit der Einstellung der Journalisten zu tun.
- f) Stil des permanenten Optimismus: *zukunftsfrohe* oder *lebensfrohe Jugend, Schöpfertum der Arbeiterklasse, das stürmische Voranschreiten zu immer neuen Erfolgen* usw.

2.3.2 Zensur und Politpropaganda in den Massenmedien

Die Anfänge der Propaganda sind im Jahre 1945 in dem in vier Besatzungszonen geteilten Deutschland zu situieren. Als Resultat der neugeschaffenen Politik der Alliierten wurde auch der Wortschatz tabuisiert: „Diese Tabuisierung betraf nicht nur rein ideologisches Vokabular, sondern vornehmlich auch solche Wörter, die mit der vormaligen Organisationsstruktur⁴ des Staates in Zusammenhang standen“ (Siewert 2004: 87). Dementsprechend wurde der Ostblock durch die marxistisch-leninistischen Termini erfüllt (vgl. Siewert 2004: 88).

Es gibt jedoch bestimmte Überlappungen, was die Sprache der Nazi-Zeit mit der DDR-Vorherrschaft betrifft: Eine davon betrifft die Betonung der Staatsmacht in den Bezeichnungen der ausführenden Staatsorgane (vgl. ebd.).

Um die neue Herrschaftsordnung zu befestigen und sichern, sind die Ritualisierung, Manipulation und Propaganda notwendig. Hier spielt auch das Politbüro eine Rolle, dessen Funktion die Monopolisierung der Presse und Presseinstitutionen war. Solche radikalen Eingriffe, bedingt durch die Ideologie des Staatsapparats, lassen sich in der Einschüchterung der Sprache reflektieren. Dabei wurden Medien und Presse ein Instrument der politischen Vorherrschaft.

⁴ So ist z. B. das Lexem *Reich* (als selbständiges Lexem oder als Bestandteil eines Kompositums) in Vielzahl verschwunden. Es ist z. B. in der Bezeichnung der DDR-Bahn, der Deutschen Reichsbahn, zu finden.

2.3.3 Medien als Instrument der politischen Führung

Die Medien waren unter der Kontrolle der SED, die nach Lenins Äußerung „der kollektive Propagandist, Organisator und Agitator“ sein sollte (vgl. Reiher 2011: 265). Nach der Gründung der DDR erhielten die Medien in der DDR einen neuen Status: Sie sind die Sprachrohre der SED – der politischen Führung. Damit wurde auch die Sprache zum Instrument der Propaganda und Agitation: Jegliche Nachrichten und Informationen unterlagen dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), und diese wurden zugleich einer ständigen Zensur unterworfen. Auch das ist der Grund dafür, warum die Termini wie *Agitation* und *Propaganda* in der Wahrnehmung der DDR-Bürger positiv konnotiert waren. Das lag am stark ideologisch geprägten Wortschatz⁵: „Propaganda ist ein positiv besetztes Wort, [...] [kommunistische Propaganda] gemäß der leninistischen Unterscheidung [ist] als die tiefgründige Erklärung der Lehren des Marxismus-Leninismus und der sich daraus ergebenden Aufgaben. [...] Der ‚Propagandist‘ ist jmd., der Propaganda treibt; Werbeleiter: Leiter eines Zirkels im Parteilehrgang der SED oder einer Massenorganisation, ein Aufklärer“ (Siewert 2004: 88). Dementsprechend werden die „typischen“ DDR-Schemata verwendet, wie z. B. Freund-Feind-Schemata, Familien-Metaphern oder Brüder-Vergleiche.

Im Folgenden werden die Wortschatzdifferenzierungen in der DDR und BRD hinsichtlich der drei wichtigsten politisch-gesellschaftlichen Sphären beschrieben, indem die typischen parteilichen DDR-Ausdrücke und Verwendungsweisen den politischen Ausdrücken der BRD gegenübergestellt werden.

⁵ Unterschiedlich wurden diese beiden Termini in der BRD behandelt: Sie erhielten eine höchst pejorative Bedeutung.

3. Zu Wortschatzdifferenzierungen zwischen DDR und BRD

Es ist selbstverständlich, dass der beträchtliche Teil des DDR-Wortschatzes von der vierzigjährigen Teilung Deutschlands stark betroffen war (vgl. Hellmann 1997: 17). Das betrifft jedoch auch den Wortgebrauch (vgl. ebd.). Ungeachtet dieser Tatsache ist die Auffassung, dass in beiden deutschen Staaten nur *eine* deutsche Sprache geschrieben wurde, in Hinblick auf die Syntax, Flexion, Wortbildung und der Grundwortschatz, heute wohl kaum zu bestreiten. Die hier erwähnte sprachliche Übereinstimmung galt jedoch nicht für den Sprachgebrauch (und vor allem für seine öffentliche Domäne), wo die staats- und gesellschaftsspezifischen Unterschiede deutlich registriert werden können. Deshalb lässt sich von den sog. gesellschaftsgebundenen Sprachgebrauchsvarietäten⁶ sprechen (vgl. Hellmann 2011: 62).

Da die o. g. Verlautbarungssprache nicht mit der Alltagssprache der Bevölkerung besonders identisch war, ist erforderlich zu erwähnen, dass die Differenz zwischen der sog. Verlautbarungssprache und der Alltagssprache jedenfalls größer war als in anderen deutschsprachigen Staaten. Während des vierzigjährigen Bestehens der DDR wurden die sog. DDR spezifische Ausdrücke (DDR-Spezifika) entwickelt, die nur wenig oder nichts mit der regierenden Partei zu tun hatten (vgl. Hellmann 1997: 18).

Eine Auswahl (vgl. Hellmann 2008: 108):

BRD	DDR
Aerobic	Popgymnastik
Diskjockey	Schallplattenunterhalter
Fruchtsaft	Juice
Flüchtling/Heimatvertriebener	Umsiedler
Staatsangehörigkeit	Staatsbürgerschaft
Supermarkt	Kaufhalle
Zielsetzung	Zielstellung
Zonengrenze/DDR-Grenze	Staatsgrenze West

Im Folgenden wird der differenzierte Wortschatz in beiden deutschen Staaten, in Hinblick auf die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche Ideologie, Politik, Partei und Staat, letztlich Wirtschaft, kurz vorgestellt.

⁶ s. https://ids-pub.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/6440/file/Hellmann_Zwei_Staaten_eine_Sprache_zwei_Staaten_zwei_Sprachen_2011.pdf

3.1 Betrachtungen zum Wortschatz und Wortgebrauch in der DDR und BRD

„Der Wortschatz ist, da Veränderungen im Leben und in der Umwelt der Menschen zwangsläufig in Wörtern ausgedrückt werden müssen, in West und Ost Wandlungen am stärksten unterworfen. Auch hier ist der bei weitem größere Teil nicht nur des Grund- und Alltagswortschatzes, sondern auch des Bildungswortschatzes und der Fachlexiken weiterhin gemeinsam; immer noch werden auch neue Wörter in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle in beiden Staaten gemeinsam akzeptiert“ (Hellmann 2008: 248). Im Nächsten werden die Schwerpunkte der Differenzierungen hinsichtlich der DDR und BRD kommentiert.

3.1.1 Ideologie und Politik

Die größten Differenzierungen zwischen beiden deutschen Staaten sind den Bereichen der *Ideologie* und der *Politik* zuzuordnen. Dies ist durch die systemspezifischen Definitionen des Kernvokabulars bedingt. Damit sind vor allem die Wörter wie z. B. *Demokratie*, *Sozialismus*⁷, *Freiheit*, *Frieden*, *Aggression* gemeint (vgl. ebd.). Dabei wurde in der DDR immer hervorgebracht, dass „die Definition dieser Begriffe in der DDR *eine entschieden andere* ist als die in der BRD vorherrschende (die marxistische ist hier eine von mehreren)“ (Hellmann 2008: 248). Ein weiteres Merkmal der ideologischen, marxistischen Definitionen sei ihre Irreführungsabsicht, d. h. die ideologiebelasteten Begriffe sind sowohl in parteiamtlichen Äußerungen als auch in Wörterbüchern, Tagespublizistik vertreten, wobei das Ziel der DDR-Periodika das Kommentieren und die Interpretation dieser Begriffe sei (vgl. ebd.).

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass sich der Sprachgebrauch in der DDR nicht nur mithilfe einseitiger Begriffsdefinitionen charakterisieren lässt, sondern eine vordringliche Rolle spielt vor allem Monopolisierung der DDR durch die Partei (vgl. Hellmann 2008: 248). Dabei ist zu beachten, dass diese Monopolisierung nur im öffentlichen Bereich zu realisieren war.

Es gab zugleich Bedeutungsdifferenzen in beiden deutschen Staaten, die vornehmlich propagandistisch geprägt waren, wie z. B.:

⁷ s. Kap. *Sozialismus* (1.4 *Weitere Abgrenzungen des Begriffs*)

DDR	BRD
<i>Arbeiter- und Bauernstaat</i>	<i>freiheitlich-demokratische Grundordnung</i>
<i>sozialistischer Staatsbürger</i>	<i>mündiger Bürger</i>
<i>sozialistischer Staatsgemeinschaft</i>	<i>atlantischer Partnerschaft</i>

Von großem Belang ist auch das sog. Kampf- und Schimpfvokabular, das beiderseits präsent war, jedoch sei auf östlicher Seite reichhaltiger (vgl. Hellmann 2008: 249). Zu solcher Schimpfbezeichnung gehörte z. B. die Verbindung *Bonner Ultras*, die „in den fünfziger und sechziger Jahren in der SED-Propaganda [...] zu Bezeichnung der maßgeblichen Politiker der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien [diente]. Auch die Repräsentanten national-konservativ orientierter Vereinigungen in der Bundesrepublik wie z. B. der Vertriebenenverbände wurden so bezeichnet. [...] Die ständige formelhafte Wiederholung in den Massenmedien und der Parteiagitation nahm [...] bald jede Glaubwürdigkeit, die die Wendung von den bBUs [den bösen Bonner Ultras] prägte“ (Wolf 2000: 31).

3.1.2 Partei, Staat, Verwaltung

Das Entstehen und der Aufbau ganz unterschiedlicher Staats- und Verwaltungsapparate, unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen sowie die Einbettung beider deutschen Staaten in unterschiedliche Bündnisse – (den Warschauer Pakt und die NATO) – können als ein Beweis der weitgehenden Auseinanderentwicklung (vgl. Hellmann 1988: 91) betrachtet werden. Diese Wirklichkeiten trugen dazu bei, dass unterschiedliche Bezeichnungen der Staatsinstitutionen und Organisationstermini in Ost und West vorkamen. Diese sind von etwaiger Indoktrinationsabsicht frei geworden und fungierten vor allem als Namen (vgl. Hellmann 2008: 249), vgl. z. B.:

DDR	BRD
<i>Staatsrat</i>	<i>Bundestag</i>
<i>Zentralkomitee (ZK)</i>	<i>Landtag</i>
<i>Politbüro</i>	<i>Parteivorstand</i>
<i>FDJ</i>	<i>Jungdemokraten</i>

3.1.3 Wirtschaft

Der Bereich, der am meisten den Wortschatzänderungen und auch -differenzen unterlag, sind der Wirtschaft zuzuordnen, weil die Änderungen nach 1990 das ganze Wirtschaftssystem betrafen.

Ein Beispiel wird hinzugefügt (vgl. Hellmann 2008: 249):

DDR	BRD
<i>Neues ökonomisches System der Planung und der Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL)</i>	<i>soziale oder freie Marktwirtschaft</i>

Der erhebliche Unterschied zwischen DDR und BRD liegt beispielweise im Finanz- und Steuerwesen, ferner in Werbung und Kommerz, die sich in dem BRD-Wortschatz widerspiegeln. Diese Wortschatzbereiche sind jeweils auf der anderen Seite ohne Äquivalent (vgl. Hellmann 2008: 250), manchmal spricht man von der äquivalentlosen Lexik. In der BRD war das Vokabular des Finanz- und Steuerwesens besonders produktiv, was auch durch die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation gesteuert wurde; im öffentlichen DDR-Sprachvokabular fehlt dies jedoch völlig. Das heißt aber nicht, dass es keine Alternativen gab: „Dafür findet [man] das vergleichbar phantasievolle und wandlungsreiche Vokabular der Produktionspropaganda der DDR“ (ebd.), wie z. B. *sozialistischer Wettbewerb*, *Schrittmacher*, *Weltniveau* u. a.

Hiermit ist ein Überblick der sprachlichen Differenzierungen im Bereich der Politik, Ideologie und Wirtschaft skizziert.

4. Der politisch-gesellschaftliche Diskurs der DDR in der Wendezeit

In diesem Kapitel wird nochmals auf den Begriff *öffentlicher Diskurs*, jedoch in Anbetracht der sich verändernden Gesellschaft und Sprache, eingegangen.

Wie schon angedeutet wurde, ist der DDR-Diskurs durch seine Homogenität gekennzeichnet – mit anderen Worten gesagt: die sog. *DDR-Orthodoxie* (vgl. Reiher, Läser 1996: 286). Diese steht für die „Befolgung von expliziten wie impliziten Sprachregelungen im Sinne von Zensur bzw. Selbstzensur. Orthodox war der politisch-gesellschaftliche Diskurs der DDR insofern, als er jede Abweichung zum intolerablen Ketzertum abstempelte. Das Politbüro war dabei letztlich die entscheidende Institution, wann immer es um die Abgrenzung von Orthodoxie und Ketzertum ging“ (ebd.). Die Umkehrung nicht nur der gesellschaftlichen, sondern auch sprachlichen Situation kommt mit der sog. *Wende*.

Mit der DDR-Wende konnte der Diskurs pluralistischer werden, indem es keine Kontrollinstanz, im Sinne einer alleinregierenden Partei (SED), mehr gab. Diese erwies sich als unfähig, neuem Denken den Ausdruck zu verleihen (vgl. Reiher, Läser 1996: 288). Im Folgenden werden einige wenige Charakteristika der verfallenden Parteisprache und des Medien-Diskurses ausgeführt.

4.1 Der öffentliche Diskurs während der DDR-Wende und im Postsozialismus

Die DDR hörte auf, mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrags Ende 1990, zu existieren. Der sog. Verlautbarungsstil und die *DDR-Orthodoxie* (vgl. Reiher, Läser 1996: 286) waren schon ein Jahr lang in den DDR-Periodika nicht mehr präsent: „DDR-spezifische Benennungen und Bedeutungen verschwanden fast spurlos. Es waren nicht nur Wörter, sondern häufige Kollokationen wie *politische Wachsamkeit*, *Anerkennung der politischen Realitäten*, feste Wendungen wie *gleichberechtigter Wettstreit*, und *im Interesse der arbeitenden Menschen* sowie ganze Phrasen wie *die wache Solidarität aller demokratischen Kräfte*, die trotz jahrelanger gebetsmühlenartiger Wiederholung sofort über Bord geworfen wurden“ (Reiher, Läser 1996: 189). All dies konnte auch in den Medien reflektiert werden.

In Hinblick auf die Medien kann Sprachwandel konstatiert werden. Das hier erwähnte Phänomen hängt vornehmlich damit zusammen, dass nicht nur die DDR, sondern der ganze

Ostblock den Anschein verliert, unpolitisch zu sein (vgl. Reiher, Läger 1996: 290): „Politische Äußerungen waren entweder gefährlich oder verwiesen einen in die unwillkommene Nähe der verachteten Funktionärskaste. [...] Die Sprache der DDR-Orthodoxie war, so sahen es die Ostdeutschen, die Sprache dogmatischer Ideologie, untauglich, die Wirklichkeit auszudrücken, und nicht die Sprache, deren man sich freiwillig bedienen mochte“ (ebd.). Es galt, den politisch-gesellschaftlichen Sprachgebrauch der DDR dem westlichen Usus möglichst schnell anzugleichen. Dies konnte folgende Ursachen innehaben:

Die Ostdeutschen lernten am Anfang 1990, die politisch-soziale und ökonomische Ordnung in der BRD zunächst als ideologiefrei zu bewerten: „Statt *Kapitalismus*, einer Benennung die im Ideologieverdacht steht, hieß es nun *Marktwirtschaft*“ (Reiher, Läger 1996: 291). Die ursprüngliche Begeisterung für die westliche Pluralität stieß jedoch auf den Ideologieverdacht, der in der früheren Propaganda und deren Präsentation des Kapitalismus Ursache hatte. Es wurde eine Alternative *Dritter Weg*⁸ – zwischen den Systemen angestrebt, dieser war jedoch nicht erfolgreich.

4.1.1 Neue Tendenzen im Wortschatz

Jedenfalls können zu dieser Zeit neue sprachlichen Tendenzen beobachtet werden, die „die Bewegungen im ostdeutschen Wortschatz so überaus vielfältig [machen]“ (Herberg 1991: 1). Viele neue Wörter wurden aufgenommen, viele gebräuchliche Ausdrücke waren an den Rand gedrängt oder verschwanden blitzartig. Hier ein Überblick der wichtigsten sprachlichen Tendenzen während der DDR-Wende:

- a) „das Verschwinden von zuvor gebräuchlichen Wörtern, vor allem solche, die die Sachverhalte in der alten DDR bezeichneten und die mit dem Verschwinden des Systems überflüssig waren, z. B.: *Abschnittsbevollmächtigter, Reisekader, massenpolitisch, Kampfgruppe*.
- b) die Neubildung von Zusammensetzungen, Ableitungen, Wortgruppen: *chinesische Lösung, Vorwendezeit, Stasi-Auflöser, Einigungsvertrag*.
- c) die Zunahme des Gebrauchs bestimmter Wörter des Allgemeinwortschatzes mit oftmals spezifischer Neubedeutung, z. B.: *Dialog, Wende, Öffentlichkeit, kreativ, Abwicklung*.

⁸ Der neue PDS-Kongress veränderte die angeeigneten Herrschaftsstrukturen und konzentrierte sich auf den *Dritten Weg*, der sich „vom stalinistischen Sozialismus und der Herrschaft transnationaler Monopole zu distanzieren versuchte“ (Weber 2003: 303, Übersetzung M. K. D.).

- d) die Übernahme von ehemals BRD-spezifischem Wortgut mit den entsprechenden Sachen oder Sachverhalten: *basisdemokratisch, Demo, ökologischer Umbau, Arbeitgeber*“ (s. Herberg 1991: 1ff).

5. Änderungen in der Sprache als Ergebnis des sich verändernden Denkens

5.1 Dogmatoides Denken

Wenn die schon erwähnten Wirklichkeiten der politischen Manipulation und Politpropaganda unter die Lupe genommen werden, kann sich unmittelbar die Frage auf tun: Auf welchen Prinzipien besteht die gezielte Manipulation bzw. Agitation oder aber wie wird diese von den Sprechern angestrebt. Die Antwort auf diese Frage ist in der Psychologie und psychologisierenden Sprachauffassung zu finden und zwar bei Wissenschaftlern wie Victor Klemperer und Karl Bühler.

Der gemeinsame Nenner menschlichen Handelns gründet sich auf dem Denken: „Dem Menschen ist offensichtlich ein grundsätzliches Bestreben eigen, Ordnung in die Dinge seiner Welt, seiner Wahrnehmung, seines Denkens, Handelns, Wollens und Fühlens bringen zu wollen und dieses Bestreben ist ihm vermutlich schon im Erbgedächtnis mitgegeben. [...] Der Mensch erwartet, Ordnung vorzufinden, und wo keine vorhanden ist, sie zu schaffen, auch auf die Gefahr hin, sie in Bereichen der Fiktion anzusiedeln, weitab von jedweder Realität“ (Esser 1991: 45). Die hier beschriebene Form repräsentiert das sog. dogmatoide Denken, das mithilfe der dogmatoid denkenden Persönlichkeiten vorgeführt wird. Eine besondere Rolle spielt eine erhöhte Zahl rigider, festgemauerter Überzeugungen, die auf ein paar Grundüberzeugungen zu beziehen sind: „Die eigenen Überzeugungen werden gegen alle mögliche Kritik abgeschirmt. Ein pluralistisches Nebeneinander gleichwertiger Ansichten wird verurteilt. Kompromisse werden abgelehnt. Hohes Sendungsbewusstsein entwickelt sich mit der sicheren Erwartung eines künftigen Heils. Die Anwendung von Gewalt und Ungerechtigkeit im Dienste dieses hohen Ziels rechtfertigt sich in den Augen dogmatoid denkender Persönlichkeiten. Die offene, nicht dogmatoide Persönlichkeit stellt den Gegentypus dar“ (Esser 1991: 45). Die Realitätsabweichung bzw. Realitätsentfernung der dogmatoid denkenden Persönlichkeit wird jedoch auch sprachlich realisiert. Da die Sprache ein objektives Wertungskriterium vorstellt, wird im Nächsten die Sprache in ihrer Verwendung (d. h. politische Diskussionen, Dialoge usw.) (vgl. ebd.) ausgeleuchtet.

Die dogmatoid denkenden Persönlichkeiten bedienen sich eines anderen Stils und einer anderen Sprachverwendung als (mehr) liberal(isierend) denkende Persönlichkeiten. Typische Wörter für die dogmatoid denkenden Menschen sind z. B. diese: *immer, stets, ständig, kann nicht, darf nicht, höchst, außerordentlich, zweifellos, natürlich* (Esser 1991: 45). Auch diese Beispiele verdeutlichen, dass die dogmatoide Sprache und Sprachverwendung durch eine hohe Prägnanz, Eindeutigkeit gekennzeichnet ist. Das Ziel aller politischen und agitatorischen Bemühungen ist es, möglichst klar verstanden zu werden (vgl. ebd.).

Des Weiteren kann die dogmatoide Sprachverwendung auch anhand vielfältiger Schemata dargestellt werden: Schwarz-Weiß-Weltsichten, die Einteilung in Gute und Gegner, Unversöhnlichkeit der Gegensätze usw. (vgl. ebd.).

5.2 Demokratisches Denken

Konträr zum dogmatoiden Denken kann sich das demokratische Denken nicht durchsetzen, weil das demokratische Denken „eine erhebliche Toleranzschwelle für nicht-Absolutes [erfordert], erfordert den Mut zu zum Vorläufigen, zu Alternativen, zu Unebenheiten ideologischer Konzepte. [...] Demokratie schafft Stress!“ (Esser 1991: 47).

Alles in allem: Was die Veränderung der Sprache betrifft, kann Folgendes postuliert werden: Die Beschreibung und die darauffolgende Beurteilung der Änderungen im Denken benötigen objektive und nicht an Systeme gebundene Wertungskriterien (vgl. Esser 1991: 45). Eines von mehreren Kriterien ist die Sprache in ihrer Verwendung, d. h. politische Diskussionen, Dialoge u. ä. (vgl. Esser 1991: 47). Inwiefern sich um eine dogmatoide Sprachverwendung handelt, ist oftmals schwer zu erkennen.

Grundsätzlich dürfte das gelten, wenn „die neuen Formen des Denkens legitim und glaubhaft [zu] realisieren [sind], und ein Volk überzeugen und faszinieren, so auch durch ein neue Sprachgewand. Sobald Wörter wie *alles, nichts, unmöglich, immer, nur* auf der Zunge oder auf der Schreibstiftspitze liegen, sei zu bedenken, ob der Gebrauch dieser Kleinen, scheinbar unscheinbaren, dennoch wichtigen Wörter nicht entbehrlich oder sogar nicht richtig ist“ (ebd.).

Methodologischer Teil

Einführung

Als Ausgangspunkt zur Untersuchung der Sprachenentwicklung dient die Belegsammlung, die die journalistischen Texte aus dem am IDS entstandenen Korpus – dem sog. **Wende-Korpus** (WK), v. a. dem Wende-Korpus-Ost (WKD)– enthält. Die Presseerzeugnisse kommen aus mehreren ostdeutschen Periodika, unter anderem *Neues Deutschland*, das als Zentralorgan der sog. *Verlautbarungssprache* und die bedeutendste DDR-Zeitung galt. Die zweite Quelle ist die *Junge Welt*. Im Weiteren sind es *Berliner Zeitung*, *Neue Zeit*, *Der Morgen*.

Alle Periodika wurden in den Jahrgängen 1989, 1990 auf das Vorkommen folgender Wörter untersucht: *Sozialismus* und *Ideologie*.

Zur Selektion der Termini

Als Basis für die Auswahl von marxistisch-leninistischen Konzepten dient das Werk **Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR** (Aufl. von 1988) von Wolfgang Fleischer. In Hinblick auf alle Termini (*Ideologie*, *Demokratie*, *Sozialismus*, *Kommunismus*, *Weltanschauung* und *Arbeiterklasse*), die in diesem Werk vertreten sind, werden nur diejenigen ausgewählt, die innerhalb der Wende-Texte die höchste Frequenz⁹ aufweisen – *Sozialismus* und *Ideologie*. Diese werden anhand der Frequenzanalyse im Korpus untersucht.

Im Weiteren basiert die Selektion auf folgenden Überlegungen (s. Fleischer 1988):

- Im marxistisch-leninistischen Vokabular kommen vor allem Abstrakta vor, d. h. Ausdrücke, die sich im referentiellen Gebrauch auf nicht-konkrete (abstrakte) Gegenstände beziehen.
- Die ausgewählten Wörter nehmen im Rahmen des Marxismus-Leninismus eine zentrale Stellung ein, sind also als *Schlüsselwörter* (vgl. Fleischer 1988: 243) zu bezeichnen.
- Der Definition des Denotats liegt seine vordringliche gesellschaftliche Bedeutung zugrunde.
- Hohe Frequenz dieser Wörter ist als Resultat der häufigen Okkurrenz in den drei wichtigsten Bereichen des Marxismus-Leninismus zu interpretieren, v. a. in Philosophie, politischer Ökonomie und im wissenschaftlichen Kommunismus.

⁹ In der Seminararbeit wird der Begriff *Demokratie* untersucht.

- Diese *Schlüsselwörter* beschränken sich nicht nur auf die fachgebundene, parteiliche Kommunikation (SED), sondern sie treten auch in den Massenmedien auf.
- Als Konsequenz häufiger Benutzung dieser Termini ist ihre vielfache Bedeutungsdifferenzierung zu erwägen.

Zur Selektion der Belege

Die folgende Auswahl der Presseerzeugnisse unternimmt den Versuch, die marxistisch-leninistischen Konzepte, die in journalistischen Texten vorkommen, empirisch zu beschreiben, indem die Bedeutungsverschiebungen und Differenzierungen der ausgewählten Wörter den Ausgangspunkt darstellen. Dabei wird der allgemeine gesellschaftspolitische Kontext (die Zeitspanne von Sommer 1989 bis März 1990) in Betracht gezogen, weil anhand dessen die Bedeutungsverschiebungen verdeutlicht werden können.

Das Ziel ist es, mithilfe dieser Wörter den allmählichen Prozess der sog. *Demokratisierung der Sprache* (vgl. Oschlies 1990) und die sich parallel verändernde Denkweise in den Jahren 1989 – 1990 zu demonstrieren. Die konsistente Analyse, deren Ausgangspunkt eine Begriffsdifferenzierung bildet, ist deshalb vonnöten, weil man anhand dieser die offizielle Sprache und den schrittweisen Prozess der o. g. *Demokratisierung*, dem die Sprache unterlag, beschreiben kann.

Ermittlung von marxistisch-leninistischen Schlüsselwörtern im statischen Korpus (CCDB)

Als nächster Schritt in der Ausarbeitung der semantischen Verschiebungen bzw. Differenzierungen marxistisch-leninistischer Konzepte ist ihre Analyse in der korpuslinguistischen Denk- und Experimentierplattform CCDB (<http://corpora.ids-mannheim.de/ccdb/>). Mithilfe dieser Plattform kann die Kookkurrenzanalyse durchgeführt werden.

Die Kookkurrenzanalyse ermöglicht den ersten Zugang zur Semantik der ausgewählten marxistisch-leninistischen Termini; sie liefert Listen mit den **Kookkurrenzpartnern** des jeweiligen Terminus, die nach der Signifikanz geordnet sind.

Im Weiteren wird das **Kookkurrenzprofil** analysiert. Es beruht auf der Gesamtheit aller quantitativen Ergebnisse der Kookkurrenzanalyse zu einem gegebenen Analyseobjekt (einem Lexem, einer Wortverbindung usw.) wird als Kookkurrenzprofil des Objekts bezeichnet und stellt – informell gesagt – ein Kondensat seines Gebrauchs dar. Es erfasst sowohl dominante Wortverbindungsstrukturen wie auch subtile Varianzphänomene im lokalen lexikalischen Kontext des analysierten Objektes, und bietet dadurch eine detaillierte Auskunft über die syntagmatische und paradigmatische Einbettung des Objektes im Sprachgebrauch aus präferenzrelationaler Sicht (vgl. Belica 2011).

Analytischer Teil

I. Sozialismus

1. Zur Begriffsdifferenzierung

Bevor auf die einzelnen Definitionen und Verwendungsweisen des Begriffs *Sozialismus* eingegangen wird, sollen einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Dimension des sozialistischen Gesellschaftskonzepts, das zum Baustein des marxistischen Modells der Planwirtschaft gehört, gemacht werden.

1.1 Zur Genese des Begriffs

Der *Sozialismus* als Doktrin wurde aus den Ideen von Marx und anderen radikalen Denkern des 19. Jahrhunderts entwickelt. Der *Sozialismus* gilt gewissermaßen als ein Mittelpunkt zwischen dem *Laissez-faire*¹⁰ *Kapitalismus* und dem Modell der sog. *zentralen Planwirtschaft*. (Samuelson, Nordhaus 2000: 570). Nach Marx' Auffassung tendiert der *Kapitalismus* unweigerlich zum *Sozialismus*“ (vgl. Samuelson, Nordhaus 2000: 571, Übersetzung M. K. Ď.).

Die meisten sozialistischen Philosophien zeichnen sich durch mehrere gemeinsame Elemente aus. Diese sind:

- a) staatliches Eigentum an Produktionsmitteln,
- b) Planung,
- c) die sog. *friedlichen* und *demokratischen* Entwicklungen (vgl. ebd).

Im Folgenden wird in groben Zügen eine konsistente Ausdeutung der Begriff *Sozialismus* gedeutet.

Zunächst soll die marxistische Konzeption kurz angedeutet werden: Bei der Ausarbeitung dieses wirtschaftlich-gesellschaftlichen Konzepts gehen Marx und Engels auf die Verwendungsweisen von *socialisme* im Saint-Simonismus¹¹ zurück. Dabei wird dieser Begriff, in Bezug auf die Gesellschaftstheorien des französischen Sozialisten François M. Charles

¹⁰ *Laissez-faire* (wörtlich: *Lassen Sie machen, lassen Sie laufen*) steht für einen Extremfall der Marktwirtschaft, in der sich der Staat vollständig aus wirtschaftlichen Entscheidungen heraushält.

¹¹ *Saint-Simonismus* ist eine frühsozialistische – wirtschafts- und sozialwissenschaftliche – Denkschule, die auf Henri de Saint-Simon zurückgeht.

Fourier und die utopische Darlegung des *Sozialismus* von Robert Owen, als ein konträrer Begriff zu *individualisme* definiert (vgl. Fleischer 1988: 247). Gerade Owens *utopischer Sozialismus* stellte den Ausgangspunkt für weitere Ausarbeitungen des *wissenschaftlichen Sozialismus* dar: Hinter der ersten geschlossenen Darlegung des *Sozialismus*-Begriffs sind jedoch die „häufig kleinbürgerliche[n] und reaktionäre[n] Auffassungen verborgen“ (Fleischer 1988: 248). Damit steht fest, dass der *bürgerliche Liberalismus* oft selbst als *Sozialismus* deklariert wird (vgl. ebd.).

Als problematisch können die Grenzen zwischen dem *Sozialismus* und dem *Kommunismus* angesehen werden, gerade weil beide *Ismen* gewissermaßen *diffus* auftreten. Der *Sozialismus* im Unterschied zum *Kommunismus* „[geht] von der Idee der Gleichberechtigung der Arbeit und des Kapitals [aus], [sah] auf Umgestaltung des bisherigen Verhältnisses zwischen beiden Factoren der Produktion [ab]“ (Brockhaus Conversations-Lexikon 1865, 4. Bd., 696; zit. nach Fleischer 1988: 248), wobei beim Begriff *Kommunismus* „die Idee der Gleichberechtigung gegründete Opposition gegen den wesentlichen Inhalt des gegenwärtigen Privatrechts [reflektiert ist], namentlich gegen den Begriff des Privateigentums und somit gegen die Basis der europäischen Gesellschaft selbst. (...) Unter C. [Kommunismus] wird jedoch die Aufhebung des Privateigentums durch allgemeine Gütergemeinschaft verstanden“ (vgl. ebd., zit. nach Fleischer 1988: 249).

1.2 Ein Definitionsüberblick

Für die Annäherung bzw. Spezifizierung des Terminus sind seine vorhandenen Definitionen vom Nutzen. Deswegen wird hier auf die Darstellungen des Begriffs *Sozialismus* in Wörterbüchern zurückgegriffen.

Das Brockhaus Conversationslexikon (Aufl. von 1886) definiert den *Sozialismus* als:

„die **Theorie einer wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung**, in welcher die Individuen nicht selbständig und auf eigene Verantwortung produzieren und untereinander in Verkehr stehen, sondern eine größere Gemeinschaft mittels einer besonderen Organisation die Produktion sowohl wie die Verteilung der Güter regelt. [...] Im engeren Sinne [...] nennt man den *Sozialismus* die gemäßigten Lehren, die zwar die kapitalistische Unternehmungsform durch Arbeiterassoziationen ersetzen, aber das Privateigentum und

selbst den Kapitalzins bestehen lassen wollen“ (Das Brockhaus Conversationslexikon 1886, zit. nach. Fleischer 1988: 248).

Diese Definition sieht von der marxistischen Ausdeutung des *Sozialismus* ab.

In dem Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache¹² (Klappennach/Steinitz, Aufl. von 1974), das heutzutage als eine digitale und aktualisierte Version zugänglich ist – nämlich das DWDS, sind folgende Definitionen von *Sozialismus* und *sozialistisch* zu finden:

1. [Sozialismus] **gesetzmäßig aus der soz. Revolution hervorgehende erste Entwicklungsstufe der sozialökonomischen Gesellschaftsformation des Kommunismus**, die auf der **Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten des Volkes und auf der führenden Rolle des marxistisch-leninistischen Partei beruht**, in der das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln errichtet und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird.
2. **Gesamtheit der Prinzipien, Lehre, Theorie vom Aufbau und der Entwicklung der soz. und kommunistischen Gesellschaft**: der Begriff, Siegeszug des S.; der wissenschaftliche S. (Gesamtheit des Marxismus-Leninismus, besonders aber derjenige Bestandteil des Marxismus-Leninismus, der die Lehre vom Klassenkampf des Proletariats, von der soz. Revolution und dem Aufbau der soz. und kommunistischen Gesellschaft zum Inhalt hat.
3. [sozialistisch, Adj.] der **Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus entsprechend**, den Aufbau des Sozialismus betreffend; *der sozialistische Aufbau, die sozialistische Ethik, Familie, Kunst, Kultur, Recht* usw.

DWDS¹³ definiert den *Sozialismus* als:

1. **Gesamtheit der Prinzipien, Lehre, Theorie vom Aufbau und der Entwicklung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft**
2. [nach der Lehre von Marx die dem Kommunismus vorausgehende] **Entwicklungsstufe**, die den gesellschaftlichen oder **staatlichen Besitz der Produktionsmittel** und eine gerechte **Verteilung der Güter an alle Mitglieder der Gemeinschaft** zum Ziel hat

¹² Die Autoren der älteren Auflagen des WDG (z. B. Ruth Klappennach) waren ständig unter starkem Druck der regierenden Partei. Deren Macht begrenzte sich nicht nur auf die Sprache der *Massenmedien*; sie war auch in der Sprachwissenschaft und Lexikographie präsent. Die o. g. WDG-Definitionen sind deshalb als Erläuterungen der *marxistisch-orientierten Auffassung* von *Sozialismus* zu betrachten.

¹³ 12. 9. 2019

Im Wörterbuch zur Politik von Manfred G. Schmidt (Aufl. von 1995) ist folgende Interpretation des *Sozialismus* zu finden:

1. [Sozialismus:] die hauptsächlich mit dem **Aufkommen der sozialen Frage entstandenen Ideen, Theorien und politischen Lehren von der Überwindung des Kapitalismus** und seiner Entsetzung durch das Gegenmodell einer weitgehend herrschaftsfreien, überwiegend am Bedarf orientierten und auf Gleichheit ausgerichteten Gesellschaft,
2. **die politischen Bestrebungen und Bewegungen**, die auf die Herbeiführung einer **sozialistischen Ordnung** gerichtet ist,
3. **der erstrebte Ordnungszustand** bzw. der von sozialistischen Strömungen erreichte **Gesellschaftszustand** (wie z. B. im Fall der sozialistischen Staaten)

S. [Sozialismus] ist die Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Strömungen. Gemeinsam ist ihnen die Auffassung, dass der gesellschaftliche Vorrang vor dem Privaten habe, die Befürwortung einer auf weitreichender Umverteilung basierenden Verteilungsgerechtigkeit, das Streben nach der als Ideal definierten Kollektiven Souveränität, sowie die Frontstellung gegen Liberalismus und Markt.

Die Übersicht soll mit der Darstellung des *Sozialismus* in der Enzyklopädie der Politik abgerundet werden:

„Der Sozialismus ist ein Denksystem, das **auf dem sozialen Konzept der Arbeit und einer politischen Bewegung beruht**, die die Produktionsmittel und zugleich die Zerstörung sozialer Klassen verbinden will. [...] Sozialistische Ansichten basieren philosophisch auf der Idee der Gleichheit der Menschen“ (Žaloudek 1999: 386, Übersetzung M. K. Ď.).

Alles in allem lassen sich aus den oben dargestellten Definitionen folgende Resultate ziehen (Fleischer 1988: 262):

1. „Das Wort gehört zum Kernwortschatz des Marxismus-Leninismus.
2. Es besitzt einen hohen Strukturwert in einem relativ stabilen System von Kernwörtern des Marxismus-Leninismus, von dem viele weitere Wörter und deren Bedeutungen abgeleitet werden.

3. Ebenso wie andere Wörter, die bei der Verbreitung des Marxismus-Leninismus eine große Rolle spielen, Gegensatzpaare bilden, bildet *Sozialismus/Kommunismus* mit *Kapitalismus/Imperialismus* ein Gegensatzpaar. Der Gebrauch des Wortes *Sozialismus* resultiert oft aus dem Bestreben, sich vom *Kapitalismus* abzugrenzen bzw. sich von ihm zu distanzieren“ (vgl. Voelker 1973: 81f, zit. nach Fleischer 1988: 262).

Dabei dominiert die Lesart von *Sozialismus* als Gesellschaftsformation (gesellschaftliches System), weitere mögliche Lesarten des *Sozialismus* betreffen die Theorie, Prinzipien bzw. Lehre.

Eine erweiterte Funktion weist das Adjektivum *sozialistisch* auf. Das adjektivische Attribut soll zwei Funktionen ausüben: „Zum einen konstituiert es zu einem bereits vorhandenen Terminus den entsprechenden Artbegriff. Zum andern kennzeichnet es die Zugehörigkeit des bezeichneten Gegenstandes zur sozialistischen Ideologie“ (Fleischer 1988: 263).

In der Praxis hieß dies, dass das attributiv-gebrauchte Adjektiv *sozialistisch*, dessen Frequenz in den Texten hoch ist, vor jedes beliebige Wort platziert werden kann: Deshalb ist von *sozialistischem* Staat, *sozialistischer* Demokratie, *sozialistischer* Gesellschaft *sozialistischer* Moral, bzw. *sozialistischer* Produktionsweise, *sozialistischer* Wirtschaft, *sozialistischer* Rationalisierung, *sozialistischer* Wissenschaftsorganisation usw. die Rede.

Im folgenden Kapitel werden die hier resümierten Bemerkungen anhand der Kollokationen mit der häufigsten Okkurrenz in der DDR zusammengefasst.

1.3 Sozialismus im Sprachgebrauch der DDR

Der Begriff wurde während der vierzigjährigen Existenz der DDR nicht als Schlüsselwort¹⁴ gebraucht, sondern sozusagen als ein Dachwort. Das indiziert, dass seine Semantik von *Sozialismus* je nach den politischen, gesellschaftlichen und parteilichen Vorgaben variierte, d. h., dass der Zugriff auf die Sprache den damals verbindlichen Prinzipien unterlag. Es bietet sich also eine bündige Genese des Begriffs.

¹⁴ Vergleiche den Begriff *Demokratie* (bzw. *sozialistische Demokratie*), der sich als Schlüsselwort bezeichnen lässt.

In den 1950er Jahren (seit 1952) wurde die Aufgabenstellung für *den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus* entwickelt. Dies führte zu der wachsenden gesellschaftlichen Relevanz des Begriffs, der sich dementsprechend massenhaft verbreitete.

Nach der 2. Parteikonferenz der SED (1950) tendiert der Sprachgebrauch von *Sozialismus* dazu, die Gesellschaftsformation zu bezeichnen. Davor beschränkte sich der Begriff *nur* auf die wissenschaftliche Theorie (vgl. Fleischer 1988: 261). Zu dieser Zeit entsteht die Wortverbindung *Aufbau der Grundlagen des Sozialismus* oder verkürzt *Aufbau des Sozialismus*. Diese Wortverbindung ist als der sog. Nominationsstereotyp in den politischen Wortschatz eingegangen (vgl. Damaschke 1973a: 247, zit. nach Fleischer 1988: 261). Zugleich diente diese Kollokation als ein Modell für weiter entstehende Nominationsstereotype (z.B. *Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*). Weitere häufig verwendete Wortverbindungen sind *gesellschaftliches System des Sozialismus* (1956), *Periode des voll entfalteten Sozialismus* (1959), *Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus* (1960) (vgl. Fleischer 1988: 261).

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Zahl der Attribute zu *Sozialismus* gering ist (vgl. Fleischer 1988: 262). Dafür werden hier die herkömmlichsten Wortverbindungen von Sozialismus genannt: In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist vor allem die Verbindung *real existierender* bzw. *realer Sozialismus* häufig.

Diese Kollokation bezieht sich auf die ‚Gesellschaftsformation‘ (vgl. Fleischer 1988: 262). Von Bedeutung ist das Attribut *wissenschaftlich* u. ä. *Wissenschaftlicher Sozialismus*, der deutlich zum Ausdruck bringen soll, dass „der Marxismus-Leninismus in der Einheit aller seiner Teile das theoretische Fundament der gesamten Politik von Partei und Staat ist“ (ebd).

Zugleich wird diese Benennung „ein bewußtes Moment der prinzipiellen Auseinandersetzung mit verschiedenen *nichtmarxistischen Sozialismusauffassungen*“ (Fleischer 1988: 262), die sich häufig von der marxistischen Interpretation distanzieren. Dafür sind sie in Anführungszeichen markiert, z.B. „*Wahrer Sozialismus*“ (vgl. ebd.).

Hiermit soll die Darstellung des *Sozialismus im Sprachgebrauch der DDR* abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt der nächsten Subkapitel besteht darin, eine semasiologische Differenz (konkreter bzw. abstrakter Gebrauch des *Sozialismus*) auch im Unterschied zur BRD nochmals deutlich zu resümieren.

1.4 Weitere Abgrenzungen des Begriffs

Am Beispiel des Begriffs *Sozialismus* können mehrere Polysemien unterschieden werden, vgl. z. B.:

Tab. 1.: *Sozialismus* konkreter/abstrakter Gebrauch (vgl. Strauß 1986: 108)

A: Sozialismus (BRD)	B: Sozialismus (DDR)
Gesellschaftssystem, das auf <i>sozialen/sozialistischen Lehren</i> beruhte, das unter Perversion der sozialen Ansätze zu einer bürokratischen und <i>totalitären Gesellschaftsordnung</i> geführt hat	a. Gesellschaftssystem , das auf sozialen/sozialistischen Lehren beruhte, das als <i>real existierender Sozialismus</i> bereits verwirklicht ist
evaluativ negativ	evaluativ positiv
	b. Menge von Gesellschaftssystemen {UdSSR, DDR...}

In diesem Fall (rechte Spalte) tritt der *Sozialismus* einerseits als *Lehre* (a.), andererseits als politische *Richtung/Bewegung* bzw. politische *Gesinnung/Verhaltensweise* (b.) auf (vgl. Strauß 1986: 108), die in sozialistischen Systemen realisiert wird.

Dabei können unterschiedliche Zugriffe und Ansätze dieses Begriffs im Rahmen des BRD-internen Gebrauchs (durch die SPD) rekonstruiert werden:

Tab. 2.: *Sozialismus* im Sprachgebrauch der BRD (vgl. Strauß 1986: 111)

Sozialismus (BRD [SPD])	Sozialismus (BRD [SPD])
Gesellschaftslehre, die sich am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ausrichtet	Gesellschaftslehre, die sich am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ausrichtet
a. die als demokratischer Sozialismus demokratische Prinzipien integriert	b. die als Gesellschaftslehre des Marxismus-Leninismus zentralistische Tendenzen vertritt
evaluativ positiv	evaluativ negativ

In diesem Sinne ist *Sozialismus* als *demokratischer Sozialismus* zu verstehen, der auf sozialer bzw. sozialdemokratischer Politik aufgebaut ist. Zugleich distanziert er sich von der totalitären, marxistisch-leninistischen Auffassung.

2. Analyse

2.1 Einführung

Alle nachfolgenden Textausschnitte bzw. Angaben stammen aus dem Wende-Korpus-Ost (WKD) hervor, das u. a. die (Voll-)Texte der DDR-Periodika *Neues Deutschland* und *Junge Welt* beinhaltet.

In den Belegen wird darauf hingewiesen, dass sowohl das Substantiv *Sozialismus* als auch die adjektivisch gebrauchte Variante *sozialistisch* Bestandteile vieler Fachausdrücke sind. Diese kommen v. a. aus dem Bereich der Wirtschaft und der politischen Ökonomie.

Die folgende Frequenzanalyse (Tab. 3.) reflektiert den Prozess der Anpassung an ein demokratisches System bzw. schildert den allmählichen *Untergang des Sozialismus* in der DDR. Dieser Prozess lässt sich in reduzierter Verwendung des Konzepts *Sozialismus* beobachten.

Tab.3.: Frequenz¹⁵; Der Rückgang des Gebrauchs des Begriffs wurde gerade in den Wende-Jahren besonders markant:

Treffer	Texte	Jahr
673	213	1989
327	136	1990

¹⁵ 29. 2. 2019 (Quelle: WKD)

2.2 Die Kookkurrenzanalyse (CCDB)

Die SED-Rhetorik weist wegen der Ideologiebelastung einige sprachlichen Stereotypen auf; diese können als fakultative bzw. diskursgebundene Gegenwortpaare kategorisiert werden. Damit sind z. B. die Oppositionen respektive Antonyme¹⁶ gemeint, die durch schemenhafte Sprache (im Sinne von Schwarz-Weiß-Denken) determiniert sind. In kommenden Textausschnitten wird die Aufmerksamkeit nochmals darauf gerichtet.

Tabelle 4.: Kookkurrenzprofil¹⁷; In dieser Tabelle wird verdeutlicht, welche Kookkurrenzen am Häufigsten vertreten sind. Die folgende Auswahl funktioniert nach dem mathematischen Prinzip der Zufälligkeit, so dass der gesellschaftspolitische Kontext notwendigerweise nicht berücksichtigt werden kann:

Konkordanz <i>Sozialismus</i>
Aufbau des Sozialismus
real existierender Sozialismus
Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus
der Sozialismus in den Farben der DDR
Zusammenbruch des Sozialismus
Sozialismus mit menschlichem Antlitz
Freiheit statt Sozialismus
Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus
demokratischer Sozialismus
Sozialismus sowjetischer Prägung
Ende des Sozialismus
das Scheitern des Sozialismus
Idee des Sozialismus retten
Zukunft statt Sozialismus
Freiheit statt Sozialismus
der humane Sozialismus
der moderne Sozialismus
Sozialismus und Stalinismus
der utopische Sozialismus

¹⁶ z. B. *Sozialismus* (Ost) gegen *Kapitalismus* (West)

¹⁷ s. <http://corpora.ids-mannheim.de/>, 28. 10. 2019

Der Anschaulichkeit halber sind nur die häufigsten Kookkurrenzpartner angeführt. Wie schon im methodologischen Teil angedeutet wurde, wird die Liste der Kookkurrenzpartner geliefert, in dem die Partner nach Signifikanz geordnet sind.

Tabelle 5.: Die häufigsten Kookkurrenzpartner des *Sozialismus*

Wort	Synsemantika	
	ohne	mit
real [®]	28251	28251
existieren	14818	14818
demokratisch	11509	11509
Kapitalismus [®]	8690	8690
Aufbau [®]	4557	4557
Zusammenbruch [®]	3991	3991
Antlitz [®]	3071	3071
Kommunismus [®]	2384	2384
DDR [®]	1922	1922
Demokratie [®]	1579	1579
Freiheit [®]	1578	1578
menschlich	1500	1500
Prägung	1451	1451
Liberalismus [®]	1184	1184
PDS [®]	1044	1044
Scheitern [®]	908	908
wissenschaftlich	890	890
Begriff [®]	866	866
Marktwirtschaft [®]	839	839
Errungenschaft	797	797
Nationalismus [®]	775	775
Übergang	761	761
Untergang [®]	738	738
Utopie [®]	721	721
Ideal [®]	700	700
Überlegenheit	678	678
Frieden [®]	664	664

Daraus ergeben sich die signifikantesten Kookkurrenzpartner des Begriffes der *Sozialismus* im SED-Diskurs:

- real
- Aufbau
- Kommunismus
- DDR

2.3 Analyse der Belege

Im Hinblick auf die dargestellten Auffassungen des *Sozialismus*-Begriffs werden im folgenden Kapitel die sprachlichen und gesellschaftspolitischen Umstände beschrieben. Die Belege sind **chronologisch** sortiert, um den der allgemeine Kontext in Betracht ziehen zu können. Im Hintergrund stehen somit die Themen wie Flüchtlingskrise in der DDR, Frauenfrage, Nostalgie u. a., die den wandelnden Sprachgebrauch während der Wende skizzieren. Mit dem *kursiv* gesetzten Text ist die Parteisprache markiert.

Im ersten Pressebeleg taucht der Begriff *Sozialismus* in unterschiedlichen Kollokationen auf:

„Das Moskauer Treffen, das im Geist traditioneller Freundschaft und brüderlichen Einvernehmens verlief, wurde wie stets zur Information über die Entwicklung in beiden Ländern genutzt. DDR und UdSSR meistern ihre Aufgaben gemäß den nationalen Bedingungen und Möglichkeiten, jeder auf seine Weise, bei gegenseitiger Unterstützung und Achtung, und leisten so einen gemeinsamen Beitrag zur *Sache des Sozialismus in der Welt*.

Erich Honecker bekräftigte die einmütige Unterstützung der SED und des ganzen Volkes der DDR für den Kurs des XXVII. Parteitages und der 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU *zur Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft*. Mit der Umgestaltung habe die KPdSU einen überaus schwierigen, komplizierten aber notwendigen Prozeß in Angriff genommen, der für die *Stärkung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens in der Welt entscheidende Bedeutung hat*“.

(WKD/ND1.02029 Neues Deutschland, **03.07.1989**, Ressort: Nachrichten und Kommentare; Freundschaft, Klassenbündnis und proletarische Tradition [S. 2])

Im Beleg können alle Merkmale der sog. „erstarrten“ Sprache leicht registriert werden: Das Kollektivitätsgefühl (*gegenseitige Unterstützung, Unterstützung der SED und des ganzen Volkes, gemeinsamer Beitrag zur Sache des Sozialismus in der Welt*), der Stil des permanenten Optimismus (*Geist traditioneller Freundschaft, UdSSR meistern ihre Aufgaben*) und die sog. Bruder-Schemata (*brüderliches Einvernehmen*). Diese kurze Aufzählung weist auf die formalen bzw. oberflächlichen Merkmale der sog. Parteisprache.

Um die Züge der Parteisprache klar zu machen, bedienen wir uns der Kollokation *Sache des Sozialismus*. Dabei wird der ganze Kontext in Betracht gezogen: Die o. g. Kollektivität erweckt den Eindruck, dass beide *brüderlichen* Staaten (DDR und UdSSR) *zur Sache des Sozialismus in der Welt* beitragen. Zugleich wird die Distanzierung der SED-Führung von der sowjetischen Auffassung des *Sozialismus* (*jeder auf seine Weise*) im Stil Gorbatschews unterschwellig ausgedrückt.

Der Grund dafür ist, dass der SED-Kurs im Jahr 1989 noch durch den Stil der Ära vor dem Antritt Gorbatschews geprägt war, d. h., dass jeder demokratisierende Prozess ausgeschlossen wurde. Das Hauptziel war nämlich, möglichst lange an der Macht zu bleiben. Davon zeugen auch die Kollokation *Stärkung des Sozialismus und Sicherung des Weltfriedens* und viele ähnliche Wendungen, die von der starren Beharrung der SED auf dem alten Stil zeugen und noch in Wende-Texten stark präsent sind. Die SED ging konform mit dem, was in der UdSSR eigentlich nicht vorhanden war.

Dabei können auch andere Merkmale festgestellt werden:

„In *älterer Sprache* bedeutet „Herausforderung“ die Einladung zum Zweikampf. Da heißt es siegen oder unterliegen. [...]

In diesem Sinne ist die ganze Deutsche Demokratische Republik Antwort auf eine Herausforderung. Wenn wir im Familien-Fotoalbum unserer Republik blättern, stoßen wir auf ein Bild von großem Symbolwert: Vor dem Brandenburger Tor steht eine Front bewaffneter Arbeiter, das Gesicht nach Westen gewandt. Durch dieses Tor, so hatten die *Gegner des Sozialismus* spekuliert, wollten sie mit klingendem Spiel einmarschieren und dem *Sozialismus auf deutschem Boden ein Ende machen*. Die Kämpfer gaben, wie auf unserem Foto zu sehen, auf diese Herausforderung eine klare Antwort: Bis hierher und nicht weiter! An der Linie zwischen zwei Gesellschaftssystemen steht *unser sozialistischer Staat auf einem unvergleichlichen Kampfposten*.

Einer von mehreren Aspekten der Parteisprache ist das sog. *Freund-Feind-Schema*¹⁸. Die Ursprünge dieses Topos sind schon in der marxistischen Konzeption des Klassenkampfes zu finden. Aus dem Beleg ist der *Feind* deutlich zu definieren und zwar – der Westen (*Gegner des Sozialismus*). Gerade der „böse“ Westen wurde mit dem Nazismus (in der sowjetischen Machtsphäre öfter als Faschismus benannt) und dem Imperialismus und anderen Ismen (Revanchismus) identifiziert. Diese beiden *Ismen* sind – nicht nur – im DDR-Wortschatz besonders negativ konnotiert.

Die klare Dichotomie von Gut und Böse hat eine harte Militärsprache zur Folge. Eine besonders hohe Frequenz weisen die Wörter *Kampf, Gegner, Sieg, unterliegen* usw. auf. In diesem Sinne wird der *Sozialismus* häufig als Gegenentwurf zum *Kapitalismus* erkannt und zudem als Garantie einer „menschlicheren“, eindeutig allerbesten Gesellschaftsvariante interpretiert, die sich ständig im *Kampf gegen den Westen* behaupten muss.

¹⁸ Das *Freund-Feind-Schema* ist nicht nur im Marxismus zu finden, sondern dieses Muster nutzen auch andere politische Theoretiker, vor allem rechtskonservative und rechtsextreme. Die paradigmatische Formulierung des Schemas findet sich z. B. in Carl Schmitts Schrift *Der Begriff des Politischen*.

An dieser Stelle ist es vonnöten, die wirtschaftliche Position der DDR darzustellen, um die wirkliche Lage der DDR-Wirtschaft gegenüber dem *kapitalistischen Westen* aufzuklären.

Neben der Krise des politischen Systems war es vor allem das Scheitern der Wirtschaft, das die Lage der DDR kennzeichnete. Bereits in den frühen 1980er Jahren befand sich die DDR – wie sich nach dem Zusammenbruch der DDR zeigte – in finanziellen Turbulenzen. Die Milliarden-Kredite *aus dem Westen* hielten diese Turbulenzen nur auf. Mit dem zunehmenden katastrophalen Zustand der Umwelt und der anhaltenden Stagnation der Wirtschaft (die natürlich verborgen wurde) verschlechterte sich die Situation rapid (vgl. Weber 2003: 285, Übersetzung M. K. D.).

Im Folgenden knüpfen wir an diese Beschreibung an.

„[...] Man hat versucht, den Schaden zu berechnen, den die DDR durch den Wirtschaftskrieg, vor allem durch die gezielte Abwerbung von Fachkräften durch regelrechten Menschenhandel, bis zur Sicherung unserer Staatsgrenze erlitt.

Man kam dabei, alles in allem, auf etwa 100 Milliarden Mark, eine Summe, die ungefähr *den Investitionen in der Volkswirtschaft von 1950 bis 1961 entspricht*. *Wir könnten also wohlhabender sein, wenn wir den Sozialismus ohne böswillige Störung hätten aufbauen können*. Aber die ständige Herausforderung hat uns in anderer Weise stärker gemacht. Herausgefordert sein heißt, entweder stärker werden oder unterliegen. [...] Das hätte der Fall sein können, wenn wir einem *militärischen Angriff vereinter imperialistischer Kräfte* allein gegenübergestanden hätten. Doch dem war nicht so. *Eine stabile sozialistische Ordnung schaffen, das allerdings konnten wir nur selber tun*. [...]

Wir haben auch falsche Schritte getan, das ist auf neuen Wegen kaum vermeidbar. Aber wir haben Irrtümer meistens *schnell korrigiert*. Wir halten fest, was gut ist, und gestalten um, was überlebt ist. *Wir entwickelten – besonders mit dem VIII. Parteitag und dem Programm der SED – eine klare sozialistische Gesellschaftskonzeption, und wir verwirklichen sie, wobei Kontinuität und Erneuerung eine Einheit bilden*. Wir verbinden wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Fortschritt. *Das erweist sich als gut für den Sozialismus, gut für die Bürger unserer Republik*. man kann sagen: Eine richtige Politik wird durch massenhafte Initiative und redliche Arbeit von Millionen im Leben wirksam“.

(WKD/ND1.02035 Neues Deutschland, 08./09.07.1989, Ressort: Im Blickpunkt; Die Herausforderung [S. 9])

Die führende Partei versuchte, den ökonomischen Zustand, in welchem sich die DDR befand, rhetorisch im Rahmen ihrer Propaganda zu bewältigen. Um dieses parteiliche Ziel zu verwirklichen, wird nochmals das Freund-Feind-Schema zum Ausdruck gebracht (z. B. *Wir könnten wohlhabender sein, wenn wir den Sozialismus ohne böswillige Störung hätten aufbauen können*).

Es wurde auf den Partei-Versammlungen von der Überlegenheit des *Sozialismus* gegenüber dem *Kapitalismus* gesprochen. Bei der „Argumentation“ der *Partei* wird natürlich die tagtägliche, wirtschaftliche DDR-Realität verschwiegen. Wie schon angedeutet wurde, trug die BRD mit finanziellen Spritzen bei, um die miserable Kondition der DDR-Wirtschaft zu verbessern. Trotzdem nimmt der *Westen* (BRD) in der offiziellen Propaganda die Position eines Vernichters (*Wirtschaftskrieg*) ein. Hiermit verlassen wir das Thema der Wirtschaft, weil noch eine andere, doch korrelierende Dimension angesprochen wird *die Ideologie*¹⁹.

Dem *Sozialismus* können, nach der reaktionären parteilichen Auffassung, mehrere Attribute zugeschrieben werden: Es sind die Attribute von Stabilität, Kollektivität, Ordnung, Paternalismus, aber vor allem der Fortschritt. Aus der Kollokation *klare sozialistische Gesellschaftskonzeption* lässt sich herauslesen, dass sich der Fortschritt mit der *klaren sozialistischen Gesellschaftskonzeption* identifizieren lässt, und diese ist durch den Fortschritt bedingt, indem die *Kontinuität und Erneuerung eine Einheit bilden*. An dieser Stelle wird die Aufmerksamkeit der Kollokation *Kontinuität und Erneuerung* gewidmet.

Diese Verbindung wirkt sozusagen als ein Paradox, denn die Bedeutungselemente der *Kontinuität* und *Erneuerung* schließen einander aus. Das lässt den folgenden Schluss zu: Die Partei-Texte weisen manipulative und verführerische Tendenzen auf, die unter anderem von der Unmöglichkeit einer inhaltlichen bzw. ideologischen Reformation der erstarrten Partei des alten sowjetischen Typus zeugen.

Ein besonderer Aspekt des *Sozialismus*, der in den journalistischen Partei-Texten häufig auftaucht, ist seine Vergöttlichung, d. h. in diesem Sinne gilt der *Sozialismus* nicht nur als einziges Mittel zum Erreichen des Fortschrittes (wie es im Fall des *Kapitalismus* – als eines wirtschaftlichen Begriffes ist), sondern der Fortschritt ist die eigentliche Substanz des *Sozialismus*.

Da der *Sozialismus* als das oberste Prinzip auch im DDR-Alltag präsent war, dürfte grundsätzlich gelten: „Alltag in der DDR war immer ein Alltag mit der Politik, in letzter Instanz mit der Politik der SED, aber auch mit den von dieser Politik abgeleiteten ‚Politiken‘ der von ihr beherrschten Staatsapparate, Betriebe und Massenorganisationen [...]“²⁰

¹⁹ Vgl. das Kapitel *Ideologie*.

²⁰ [Deutscher Bundestag](#), S. 27f.

Die hier erwähnte Zusammengehörigkeit des *Volkes* und der *Partei* wird im nächsten Textauszug thematisiert:

„Mit Initiative und Schöpferkraft gehen die Werktätigen im 40. Jahr der Gründung der DDR in einer umfassenden Volksbewegung dem XII. Parteitag der SED entgegen, wird in der Mitteilung betont. In einem Klima des Vertrauens und der festen Verbundenheit von Partei und Volk stärken sie durch neue Taten ihr sozialistisches Vaterland und damit die Positionen des Sozialismus und des Friedens“.

(WKD/ND1.02045 Neues Deutschland, 20.07.1989; Volkswirtschaft der DDR entwickelt sich weiterhin dynamisch und stabil [S. 1])

Im folgenden Abschnitt wird illustriert, wie stark die SED-Spitzen von der Realität abgetrennt waren: Davon zeugen die Kollokationen wie *ihr sozialistisches Vaterland*, oder *Klima des Vertrauens und der festen Verbundenheit* bzw. die *Positionen des Sozialismus stärken*. Die schon oben thematisierten manipulativen Tendenzen können anhand der Kollokation *sozialistisches Vaterland* gezeigt werden.

Die Verbindung *sozialistisches Vaterland* soll einerseits enge Verbundenheit des *Volkes* mit dem *Sozialismus* evozieren, andererseits wird die Realität der riesigen Ausreisewelle aus der DDR vernachlässigt. Gerade die riesige Ausreisewelle aus der DDR kann als Anfang des Endes der DDR angesehen werden. In Bezug auf die schlechte gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Lage wirken solche Kollokationen besonders propagandistisch, inhaltsleer und deshalb geradezu kitschig.

Wie die Parteispitzen darauf reagiert haben, wird im Folgenden gezeigt:

„Nun fragen sich aber auch sehr viele, wie es dahin kommen kann, daß Leute, die bei uns aufgewachsen sind und denen es *gar nicht schlecht ging*, sich jetzt in Gießen, verschiedenen Botschaften und anderen Einrichtungen drängen. Und den meisten von denen, die hierbleiben, ist wohl auch klar, daß *mit den Ausreißern und ihren illusionären Vorstellungen Politik gemacht* wird, ob diese das nun begreifen oder nicht. Zudem eine gefährliche Politik, die gegen Frieden und Sozialismus gerichtet ist.“

Mit der aus Richtung West in Überlautstärke in unser Land geblasenen Kampagne lassen sich ja wunderbar gleich zwei Dinge erledigen: Ablenken von den eigenen Problemen und versuchen all das mies zu machen, was hier, auch ohne gute Ratschläge der bekannten Sender, in den letzten 40 Jahren erarbeitet wurde. So weit, so schlecht“.

(WKD/JW1.03607 Junge Welt, 13.09.1989, Ressort: Die 2. Seite; Lohnt der Streit um diese Minderheit? [S. 2])

Die Botschaftsflüchtlinge waren seit dem Frühjahr 1989 ein großes Problem in den deutsch-deutschen Beziehungen. Im September 1989 besetzten viele Tausend Flüchtlinge aus der DDR die Botschaft der Bundesrepublik in Prag (aber auch in Warschau und in Budapest).

Die SED-Führung hatte die Lage schon längst nicht mehr unter Kontrolle. Ab der bekannten Genscher-Rede²¹ suchten kontinuierlich Ostdeutsche Zuflucht in der Prager Botschaft. Die Führung in Ostberlin wollte das Problem noch vor dem 6. Oktober gelöst haben – an diesem Tag sollten die Festveranstaltung anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung beginnen.

Um die allgemeine unaufhörliche Unzufriedenheit des *Volkes* in der DDR zu beruhigen, proklamierte die Partei deutliche Polarisierungsparolen, z. B.: *Gefährliche Politik, die gegen Frieden und Sozialismus gerichtet ist*. Auch hier sind Züge eines *Freund-Feind-Schemas* zu finden.

Im Weiteren wird die Stellung der Intellektuellen zur Frage der Fortführung von *Sozialismus* dargelegt:

„Erklärung des Präsidiums der Akademie der Künste der DDR.

Das Präsidium der Akademie der Künste ist der Ansicht, daß das vierzigjährige Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik, an der wir teilhaben mit Leben und Arbeit, ein Grund ist, um ein umfassendes offenes und öffentliches Gespräch zu beginnen.

Der *Sozialismus*, der sich auch als alternativer Entwurf zur bürgerlichen Weltordnung versteht, ist für die Mehrheit der Menschen da, und die Mehrheit muß sich an ihm beteiligen, damit er die materielle, geistige und moralische Produktivität gewinnt, um sich durchzusetzen.

Er braucht öffentliches Denken als Instrument und Korrektiv seiner Pläne, als Vermittlung zwischen historischem Anspruch und alltäglicher Erfahrung. Öffentlichkeit ist notwendig auf allen Ebenen der Gesellschaft. Sie benötigt Diskussion und Disziplin, Solidarität und die Persönlichkeit jedes einzelnen, und das alles zugleich.

Der wissende und informierte Mensch ist handlungsfähig. Wer gebraucht wird, auch mit seinem Kopf, fühlt sich zu Hause. Wir haben einen Vorrat an Denksubstanz, die beste Währung unseres Landes“.

(WKD/JW1.03510 Junge Welt, 13.10.1989, Ressort: Kultur und Kunst; Erklärung des Präsidiums der Akademie der Künste der DDR [S. 3])

In diesem Beleg können neue Ausdrücke beobachtet werden, die gewisse Differenzierungen in der Ausdrucksweise widerspiegeln. Einesteils tauchen neue Wörter auf, welche durchaus unterschiedlich sind und nicht viele Gemeinsamkeiten mit dem sozialistischen Kernvokabular aufweisen (z. B. *Dialog, öffentliches Denken, Gespräch* usw.). Andernteils treten diese Ausdrücke natürlich nur unterschwellig auf.

²¹ <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-24726.html>

***Sozialismus* als alternativer Entwurf zum Kapitalismus**

Im Hinblick auf den Begriff *Sozialismus* wird die zentrale These formuliert: In diesem Sinne versteht sich der *Sozialismus* als *alternativer Entwurf zur bürgerlichen Weltordnung* – zum *Kapitalismus*. Somit erfüllt der *Sozialismus* eine identitätsstiftende Funktion: Er steht für etwas, was die Identität prägt. Erst im *Sozialismus* werden alle Formen eines produktiven Handelns erfüllt: *Sozialismus braucht und garantiert das öffentliche Denken und zugleich ermöglicht er dem Menschen, handlungsfähig zu sein*. Hiermit kann eine markante sprachliche Trennlinie, im Gegensatz zu den Belegen oben, registriert werden: Es tritt keine deutlich-totalitäre Sprache mehr auf, sondern der *Sozialismus* wird *demokratisiert*.

Dieses Narrativ ist in parteilichen Wende-Texten häufig vertreten.

„*Sozialismus* hat viel mit sozialer Sicherheit zu tun. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr *Sozialismus*. Mehr *Sozialismus*, der kommt vor allem durch Arbeit. Klare Standpunkte, wie sie den Erfordernissen der Zeit entsprechen.

[...] Im Dialog kommen alle zu Wort. Er wird im Bemühen um einen breiten Konsens geführt. Er braucht die Achtung vor der Überzeugung und dem Auftrag des anderen. Aber er schließt Angriffe aus auf die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR **als sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern, als politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei**“.

(WKD/ND1.02115 Neues Deutschland, 30.10.1989, Ressort: Nachrichten und Kommentare; Miteinander reden und die Dinge zum Guten wenden [S. 2])

Die Partei-Führung gedachte, keine radikalen Reformen in der Wirtschaft zuzulassen. Die sich vertiefende ökonomische Krise veranlasste jedoch den Fall des Regimes. Der Partei-Appell zur Fortführung des *Sozialismus* wurde mit der sich verschärfenden Situation immer dringender, wenn er auch das Ende der DDR bedeutete. Je mehr die gesellschaftliche Situation und politische Krise sich zuspitzten, desto mehr griff die Partei-Führung auf die altbewährte, verknöcherte Rhetorik zurück. Hiermit kann gewissermaßen Unstimmigkeit zwischen den beiden Belegen konstatiert werden: Der Wandel in der Sprache wurde jedoch nicht eindeutig fortgeführt, wie auch die Belege zeigen.

Dies fiel auffallend auch in der Sprache: Die Kollokationen wie *sozialistischer Staat Arbeiter und Bauern* (diese stammt aus der DDR-Verfassung) oder *Wir brauchen mehr Sozialismus* sprechen von der ungeheuren Realitätsentfernung der Partei. Umso mehr wollte die revoltierende Gesellschaft die Diktatur der Alleinpartei beenden.

Trotzdem können auch neue Tendenzen bzw. Züge in der erstarrten Sprache festgestellt werden: Es sind die Wörter wie *Konsens* oder Verbindungen wie *Im Dialog kommen alle zu Wort*.

Natürlich sollen diese manipulierend wirken, weil es in der Wirklichkeit um nicht um *Dialog* oder *Konsens* ging. Es ging nur darum, weiter an der Macht zu bleiben.

„Das Politbüro behandelte Vorschläge für ein Aktionsprogramm der Partei, das der 10. Tagung des Zentralkomitees zur Beratung unterbreitet wird.

Dabei erörterte das Politbüro *Fragen der Bestimmung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse in einer sich erneuernden Gesellschaft auf dem Wege zu einem besseren Sozialismus*; die weitere Entwicklung der innerparteilichen Demokratie, die *Erneuerung des politischen Systems* und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens; *den weiteren Ausbau des sozialistischen Rechtsstaates und die Rolle des Parlaments sowie der örtlichen Volksvertretungen*; Aufgaben einer umfassenden Wirtschaftsreform einschließlich des Umbaus des Wirtschafts- und Planungsmechanismus“.

(WKD/ND1.02119 Neues Deutschland, **01.11.1989**; Pressemitteilung über die Sitzung des Politbüros [S. 1])

In Anbetracht der schon dargelegten sprachlichen Ausdrücke des SED-Diskurses zeigen sich hier weitere Parolen zu Wort. Ein Schlüsselwort der Wende ist der Ausdruck die *Erneuerung*, den sich die *führende Partei* nach massiven Demonstrationen in Leipzig und Dresden anzueignen versuchte. Im Partei-Narrativ hieß es, keine Reformen durchzuführen, sondern dem *Volk* offensichtlich einige wenige Kompetenzen bzw. Rechte zu geben. Der *Sozialismus* blieb weiter das oberste Prinzip der Parteiführung. Dabei treten die schönfärberischen Wörter wie z. B. *Entwicklung der innerparteilichen Demokratie, Erneuerung des politischen Systems* usw. auf, zum anderen sind die schemenhaften Ausdrücke noch immer vertreten (*auf dem Wege zu einem besseren Sozialismus*).

Die hier vorgestellten Kollokationen nehmen für sich die Züge des Demokratisierungsprozesses in Anspruch (*Ausbau des sozialistischen Rechtsstaates*), wobei die alten realsozialistischen Strukturen beibehalten werden. Im Folgenden wird die kontroverse Beziehung zur Politik Gorbatschows thematisiert.

Die kontroverse Beziehung zur Politik Gorbatschows

„Aber es ist natürlich ein *Unterschied zu Gorbatschow*, wenn solche Reformen als *Tapetiererei* verdächtigt werden. Wenn dann dieselben Personen von Veränderungen reden, ist natürlich zu befürchten, daß sie nur Tapeten wechseln wollen. Aber es muß mehr geschehen als ein Tapetenwechsel, da ist etwas faul am Mauerwerk, da steckt der Schwamm drin.

Stichwort *Reform des Sozialismus*.

Ich denke, daß der sogenannte *real existierende Sozialismus* zu eng mit dem *Stalinismus* verbunden und damit am Ende ist. Zur Zeit – ich sage zur Zeit, weil das in einem Jahr anders sein kann – gibt es noch einen Konsens, daß man den *Sozialismus in der DDR* verändern will. In anderen Ländern, wie Polen und Ungarn, wo ich gerade war, ist dieser Konsens anscheinend vorbei“.

(WKD/JW1.03527 Junge Welt, **03.11.1989**; Ein Wunsch, der sich erfüllen läßt [S. 7])

Ein Aspekt ist die widersprüchliche Haltung zur *Perestroika* Gorbatschows: Die SED-Führung befand sich in einer Krise, weil sie sich von der sowjetischen Politik rasant distanzierte. Damit empörte sie die Bevölkerung und zugleich verunsicherte zugleich die Mitglieder der Partei. Der Grund für eine Verleumdung der neuen Politik Gorbatschows war die ideologietreue Basis der Partei und der DDR-Strukturen selbst, in der die Treue zum sowjetischen Sozialismus-Modell stark verwurzelt war. Die DDR veränderte seit dem Beginn des Stalinismus (in den Jahren 1948 bis 1949) nur wenig an der Struktur der Partei-Regierung (vgl. Weber 2003, Übersetzung M. K. Ď.). Kurz vor dem Mauerfall konnte jedoch ein gewisser Wandel in den SED-Kreisen beobachtet werden.

Dieser Wandel wird im Beleg reflektiert, wenn anstatt des Wortes *Erneuerung* das Wort *Reform* verwendet wird. Es ist sicherlich einsichtig, dass zwischen dem *real existierenden Sozialismus* und den möglichen progressiveren *Sozialismus*-Konzepten eine Trennlinie besteht. Der *Perestroika*-Kurs wird als *Tapetenwechsel* bezeichnet, indem die sowjetische – liberalere Auffassung des *Sozialismus* abgelehnt wird.

An dieser Stelle ist noch eine Verbindung zu erwähnen, die sich als neue Kollokation etablierte und zwar die Kollokation *ein moderner Sozialismus*:

„Unsere Verfassung garantiert Pressefreiheit, ohne deren Inhalt näher zu benennen. Das mag den Umgang mit ihr erschweren. (...)

Wenn *Erneuerungspolitik* nicht dazu da ist, den *Sozialismus* abzuschaffen, so kann sie demzufolge nur dazu dienen, ihn zu stärken. Aber: *Ein moderner Sozialismus* ist ohne *tiefgreifende demokratische Reform* nicht vorstellbar, und Demokratie wiederum kann ohne Offenheit nicht funktionieren.

Eine mächtige Bühne dafür sind die Medien, was nichts anderes beweist, als daß der Ruf nach benutzbarer Pressefreiheit keine Kampagne, sondern ein Wesenszug der Erneuerung sein muß und wird“.

(WKD/JW1.03528 Junge Welt, **04./05.11.1989**, Ressort: Die 2. Seite; Lackmusprobe wird sein: welche Werte verteidigen? [S. 2])

Den gesellschaftspolitischen Veränderungen vor und während des Mauerfalls entsprechend kann hier zusammengefasst werden: Die allmählichen Demokratisierungstendenzen unter der SED-Führung sind schon in Wende-Texten sichtbar. Im Beleg ist die eigentliche Bedeutung und Funktion des Begriffs *Erneuerung* und *Erneuerungspolitik* befragt (*Wenn Erneuerungspolitik nicht dazu da ist, den Sozialismus abzuschaffen, so kann die demzufolge nur dazu dienen, ihn zu stärken*). Im Vordergrund steht die Kollokation *ein moderner Sozialismus*, der sich von dem traditionellen und in dem ehemaligen Ostblock *real existierenden Sozialismus* abgrenzt. Zugleich ist der Appell an die Fortführung des *Sozialismus* deutlich.

Der neu-definierte *Sozialismus* sollte mittels der *Offenheit, Demokratie und Reform* erzielt werden, auch wenn seine identitätsstiftende Funktion nicht aufgegeben wird (*Ein moderner Sozialismus ist ohne tiefgreifende demokratische Reform nicht vorstellbar*.).

Dieser Beleg verdeutlicht, inwiefern die Gesellschaft wie auch die Vorstellung der zukünftigen gesellschaftspolitischen Umformungen respektive Gestaltungen gespalten war. Die neue Regierung mit Egon Krenz an der Spitze hatte vor, sich von der rigiden sowjetlastigen *Vorstellung des Sozialismus* zu distanzieren und sich auf den Weg der *Perestroika* zu begeben. Dafür war es jedoch zu spät, weil das *Volk* einen radikalen Umbruch ersehnte. Die Regierung von Krenz war zum Scheitern verurteilt.

Im Weiteren werden neue Merkmale der *sich erneuernden Gesellschaft* anhand einer Rede von Egon Krenz beschrieben.

„In einer kritischen Zeit wende ich mich an alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und an alle Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Mit vollem Recht können wir davon reden, daß mit der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED eine neue Etappe in der *Entwicklung unseres sozialistischen Vaterlandes* begonnen hat. Die politische Wende, die wir eingeleitet haben, erfaßt inzwischen alle Bereiche unserer Gesellschaft.

Vor allem sind davon Millionen Menschen berührt und bewegt. Es geht ihnen – es geht uns allen – um die *Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens mit dem Ziel, den Sozialismus für jeden Bürger unseres Landes lebenswerter zu gestalten*“.

Wie schon angedeutet wurde, ist kurz vor dem Mauerfall das Wort *Erneuerung* (bzw. die *Erneuerungspolitik*) eine der Hauptparolen der Wende gewesen, denn die *Erneuerung* geht mit der *Entwicklung des Sozialismus* Hand in Hand. Damit sind die *Erneuerung* und die weiterführende *Entwicklung des Sozialismus* als das höchste und absolute Gut positioniert.

Die Partei übt hiermit die Funktion eines Garanten des *lebenswerten Lebens im Sozialismus* aus. In der Tat: Die Rede weist schemenhafte und veraltete Züge auf (das Kollektivitätsgefühl, pathetische Ausdrücke wie *sozialistisches Vaterland*), die unter anderem davon zeugen, dass die Regierung von Egon Krenz keine radikaleren politischen und gesellschaftlichen Schritte zu unternehmen beabsichtigte.

Alles in allem kann man resümieren: Der *Sozialismus* als das gesellschaftliche Hauptprinzip soll um jeden Preis beibehalten werden. Die Abscheu der Bürger gegenüber dem *Sozialismus* verdiente keine Beachtung seitens der SED.

Weiter heißt es:

„Der Neubeginn, der Aufbruch des Volkes ist von vielen Gesprächen, Diskussionen, Auseinandersetzungen, Demonstrationen und anderen Willensäußerungen begleitet. Für alle diese Formen steht der Begriff des Dialogs. [...] In diesen Prozessen von einer bisher nicht gekannten politischen Dynamik sind auch Unruhe und Besorgnis von Bürgern nicht zu übersehen und zu überhören. Sie machen sich Gedanken um die **Unerschütterlichkeit der sozialistischen Grundlagen unserer Gesellschaft und um ihre zweifelsfreie sozialistische Perspektive**. [...]

Die so **dringend notwendige Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft** ist nur auf den Grundlagen des von uns allen gemeinsam Geschaffenen möglich. Zugleich vergessen wir nie, daß von der **Stabilität der sozialistischen DDR an dieser sensiblen Stelle der Welt, wo sich Sozialismus und Kapitalismus begegnen, Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent für jeden Bürger entscheidend abhängen**. Unsere Bündnispartner im Warschauer Vertrag schauen und bauen auf uns“.

Bereits am Anfang der Untersuchung erwähnte Partei-Ausdrücke werden in diesem Absatz wieder zum Ausdruck verwendet: Der *Sozialismus* wird als ein Hauptprinzip postuliert, das auf festen Grundlagen steht. Außer dem Kollektivitätsgefühls spielt die Dichotomie *sozialistisch – kapitalistisch* eine grundsätzliche Rolle. Auch dies ist ein Beweis dafür, wie wenig sich die Sprache und das Denken der noch regierenden Partei veränderte. Es sind die Verbindungen wie *Unerschütterlichkeit der sozialistischen Grundlagen, Stabilität der sozialistischen DDR, dringend notwendige Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft* usw.

Im folgenden Redeauszug werden noch weitere Charakteristika hinzugefügt:

„In meiner Rede auf der 9. ZK-Tagung habe ich von dem *großen Berg von Arbeit* gesprochen, der uns erwartet. Ich kann nur sagen, das Leben nimmt uns beim Wort. Wer Neues will, darf seine Kräfte nicht schonen. [...]

Wir haben in diesen Tagen dreierlei zu bewältigen. In täglicher, angestrenzter und ununterbrochener Arbeit gilt es, das Brot des Volkes und die materiellen Grundlagen der Gesellschaft zu sichern.

Zugleich müssen wir die Maßnahmen treffen, die ersten Verordnungen und Gesetze formulieren und zur Entscheidung bringen, um unserem Leben die schon jetzt möglichen und machbaren Züge der Erneuerung zu verleihen. Ebenso gilt es heute bereits, konzeptionell die Weichen zu stellen für das Reformwerk, das die *nähere und weitere sozialistische Zukunft der DDR bestimmen* wird. Dafür ist der Dialog unerlässlich. Wir führen ihn unter dem Motto „*mehr Demokratie für mehr und besseren Sozialismus*“. [...] In den Betrieben und Genossenschaften, bei Wissenschaftlern und Künstlern, in allen Parteien und Organisationen, in den Kirchen, in den anderen religiösen Gemeinschaften, auch in neuentstandenen Bewegungen wird nach Lösungen, nach den besten Wegen für unser Land gesucht. Jeder Vorschlag, jede Idee, die das *humanistische Wesen des Sozialismus* vervollkommen, ist gefragt und wird gehört“.

Mehr Demokratie für mehr Sozialismus

Mehr Demokratie für mehr Sozialismus ist die zentrale These, unter der die *Erneuerung* im Laufe der DDR-Wende realisiert werden sollte. Wie viele andere parteiliche Schlüsselkollokationen bleibt auch diese Verbindung schönfärberisch, weil in diesem Sinne *Demokratie* (bzw. *mehr Demokratie*) nur als ein Mittel zu einem intensiveren *Sozialismus* (*mehr Sozialismus*) verstanden wird. Da die *sozialistische Demokratie* nicht mit der *kapitalistischen Demokratie* übereinstimmt, ist der Ausdruck *Demokratie* semantisch entleert. Hohe Frequenz weist die Verbindung *das humanistische Wesen des Sozialismus* auf, die die demokratischen Züge der Volksdemokratie betont. Zu dieser Zeit weisen beide Begriffe (*Demokratie* als auch *Sozialismus*) eine hohe Okkurrenz auf, gerade weil das o. g. *humanistische Wesen* hervorgehoben wird.

Im folgenden Absatz wird darauf hingewiesen.

„Aber es gibt auch falsche Töne im Land und besonders von *jenseits unserer Grenzen*, demagogische Ratschläge, die den Prozeß der Erneuerung nicht fördern, ja, ihn in seinen Anfängen schon hemmen, verfälschen oder zunichte machen wollen. Dazu gehört auch die Diffamierung von Menschen, die im gesellschaftlichen Leben Verantwortung tragen. Wir stellen uns an die Seite derer, die immer treu ihre Pflicht gegenüber dem Volk erfüllen“.

(WKD/ND1.02127 Neues Deutschland, **04./05.11.1989**; Fernsehansprache und Rundfunkansprache von Egon Krenz an die Bürger der DDR [S. 1])

Wenn von der Unveränderlichkeit des Partei-Narrativs die Rede ist, sind damit unter anderem die Schemata (*Gut – Böse, Sozialismus – Kapitalismus, Freund-Feind-Bilder*) gemeint. Dies kann auch an dem letzten Absatz der Rede von Egon Krenz erkannt werden: [...] *falsche Töne im Land und besonders von jenseits unserer Grenzen, demagogische Ratschläge* [...] usw.

Ausgehend davon kann festgestellt werden: Die Rhetorik hatte sich sehr langsam und stellenweise geändert, wobei nur Weniges der Veränderung unterlag (meistens ging es um die Wörter aus dem *kapitalistischen Westen*, z. B.: *Toleranz, Meinungsvielfalt* usw., die nach dem Bedürfnis der Partei gebraucht wurden). Eines von mehreren Merkmalen der Partei-Rhetorik ist das Pathos, das aus dem nachkommenden Absatz hervorgeht:

„Ohne Arbeit gibt es, so wie ohne Ordnung und Besonnenheit, keine Erneuerung. Und wir, die Genossen, stellen uns nicht nur vor die, die so denken und handeln; wir stehen mit ihnen in der ersten Reihe

– wir stellen uns unter viele der Losungen, die das Wort *Erneuerung* ausfüllen: Volle Souveränität des Volkes; Reform des politischen Systems; Teilhabe der mündigen Bürger an allen Angelegenheiten von Gesellschaft und Staat; umfassende und wahrheitsgetreue Information; Meinungsvielfalt, Toleranz und ehrliches Ringen um gemeinsame Lösungen; Rechtsstaatlichkeit; bessere Versorgung; Kontinuität der Produktion ohne bürokratische Gängelei; Wirtschaftsreform; Reform des Bildungswesens; geistige Erneuerung; **mehr Demokratie für mehr und besseren Sozialismus**.

Wir stellen uns nicht hinter Losungen, die zu Haß und Konfrontation rufen, zu gegenseitiger Zerfleischung. Nicht hinter Losungen, die sich *gegen den sozialistischen Staat richten*, gegen seine *Schutz- und Sicherheitskräfte*.

Millionen rufen in diesen Wochen: *Wir sind das Volk!* Sie haben recht. *Aber wir sind auch das Volk und lassen uns aus diesem Volk nicht ausgrenzen. Woher kommt denn unsere Partei? Aus dem Volk. Für wen haben Millionen unserer Genossen gelebt, gearbeitet und gekämpft“?*

(WKD/ND1.02135 Neues Deutschland, **07.11.1989**, Ressort: Nachrichten und Kommentare; Die Erneuerung und die Haltung der Genossen [S. 2])

Der Mangel an Freiheit, die sich vertiefenden materiellen Probleme und strenge Reisebeschränkungen hatten insbesondere bei der jüngeren Generation zu Unzufriedenheit geführt (vgl. Weber 2003: 301, Übersetzung M. K. Ď.). Die überalterte ostdeutsche Führung setzte jedoch in erster Linie auf Willkür, strenge Überwachung und Verfolgung. Die Bevölkerung sollte in Angst und Misstrauen leben. Das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) und seine Praktiken verbreiteten Angst.

Im Jahre 1985 drohte der Stasi-Chef Mielke: „Jeder, der seine Hand gegen unseren sozialistischen Staat und gegen die Politik des Wohlstands und der Friedenssicherung erhebt, wird die sozialistische Macht schwer spüren“ (Weber 2003: 293, Übersetzung M. K. Ď.). Im Allgemeinen gab es großen Hass gegen die staatliche Sicherheit unter der DDR-Bevölkerung und deren sozialen Schichten.

Im Kontext des DDR-Alltags, in dem die verfolgten Bürger die Stasi-Praktiken tagtäglich ausgesetzt waren, scheint die abgedroschene SED-These der Wende *mehr Demokratie für mehr Sozialismus* bzw. *das humanistische Wesen des Sozialismus* besonders realitätsentfernt.

Wir sind das Volk!

Insgesamt war die SED-Politik gegenüber der heranwachsenden Generation zwiespältig. Das könnte ein Grund dafür sein, warum die politischen Parolen der Friedlichen Revolution entstehen konnten: *Wir sind das Volk!* Mit diesem Aufruf der friedlichen Demonstranten war eine Trennlinie zwischen dem sog. *Volk* und der *Partei* gesetzt: Das revoltierende *Volk*, dessen Ziel war, sich *gegen den Sozialismus* und den *sozialistischen Staat* zu sträuben.

Die SED reagiert, wie es im Beleg dargestellt ist, mit starkem Zugehörigkeitsgefühl zum *Volk* ([...] *Woher kommt denn unsere Partei? Aus dem Volk. Für wen haben Millionen unserer Genossen gelebt, gearbeitet und gekämpft?* [...]). Das ausgeprägte Zugehörigkeitsgefühl zum *Volk* lässt sich als ein Charakteristikum der verfallenden SED interpretieren.

Ein nächster Aspekt ist das Pathos. Es ist jedoch nicht das veraltete – stalinistische Pathos (auch wenn jene stalinistischen Züge und Ausdrücke weiter auftreten wie z. B. die Betonung der *Arbeit* und *Ordnung*), sondern es wird die *Erneuerung* des politischen Systems artikuliert. Das sich erneuernde politische System steht mit *kapitalistischen* respektive „westlichen“ Begriffen (wie *Rechtsstaatlichkeit*, *Reform*, *Meinungsvielfalt* usw.) in Verbindung. Im Beleg heißt es: [...] *Reform des politischen Systems; Teilhabe der mündigen Bürger an allen Angelegenheiten von Gesellschaft und Staat; umfassende und wahrheitsgetreue Information; Meinungsvielfalt, Toleranz und ehrliches Ringen um gemeinsame Lösungen; Rechtsstaatlichkeit; bessere Versorgung; Kontinuität der Produktion ohne bürokratische Gängelei; Wirtschaftsreform* [...]. Diese Verbindungen waren noch vor drei Monaten – d. h. vor dem Mauerfall – in der DDR-Presse nicht vertreten.

Dabei soll im Gedächtnis bleiben, dass neue Bemühungen der Partei, an der Macht zu bleiben, stark abgelehnt wurden. Der Druck der Massen vereitelte Krenz' Taktik.

Nach dem Mauerfall entsteht deshalb eine neue Kollokation: der sog. *Dritte Weg*:

„[...] Der Bruch ist vollzogen. Aber die Überwindung stalinistischer Vorstellungen und Strukturen, die Ausprägung eines neuen Denkens und einer entsprechenden politischen Kultur stehen noch aus, sind ein schwieriger Prozeß, der von der ganzen Partei verwirklicht werden muß. [...]

Und andere bemängelten, daß die im Referat gegebene *Vision eines dritten Weges* ihnen noch zu undeutlich ist.

Dieser dritte Weg jenseits des administrativ-zentralistischen Sozialismus und jenseits der Herrschaft transnationaler Monopole, für den sich unsere Partei einsetzen will, muß genauer bestimmt werden – aber in gemeinsamer, Streitbarer Diskussion aller Genossinnen und Genossen. Es wäre altes Denken, so der Parteivorsitzende im Verlaufe der Diskussion, würde jemand erwarten, daß hierzu die Linie „von oben“ vorgegeben werden könnte“ [...]. (WKD/ND1.02004 Neues Deutschland, 11.12.1989; Der Bruch [S. 1])

Dritter Weg

Nach dem Mauerfall wurde das Konzept des sog. *Dritten Wegs* oftmals artikuliert, wobei – wie schon im Beleg angesprochen wird – konkrete Konzeption des neuen *Dritten Weges* unklar blieb. Eines ist jedoch klar: Der sog. *Dritte Weg* distanzierte sich vom *administrativ-zentralistischen Sozialismus und der Herrschaft transnationaler Monopole*. Dabei wird diese Distanzierung auch mithilfe des sprachlichen Ausdrucks prägnant realisiert wie z. B.: *Es wäre altes Denken [...], gemeinsame, Streitbare Diskussion*. Es handelt sich wieder um das Hervorheben des *Dialogs*, Ablehnen des *administrativ-zentralistischen Sozialismus*, die Überwindung stalinistischer Vorstellungen.

Daran lässt sich exemplifizieren, dass die erwähnte Tendenz intensiverer *Demokratisierung der Sprache* eine neue Taktik der SED war. Die Ansprüche seitens der Bevölkerung waren jedenfalls deutlich angeführt.

„Die feudalsozialistische Variante der Aneignung des Mehrwerts, Ausbeutung mit andern Mitteln, ist die Konsequenz aus der Stalinschen Fiktion des Sozialismus in einem Land, deren Realisierung zur Kolonisierung der eigenen Bevölkerungen in den osteuropäischen Ländern gelehrt hat. Das Volk als Staatseigentum, eine Leibeigenschaft neuen Typs. [...]

Das Dogma von der führenden Rolle der Staatspartei in allen Bereichen hat zur Stagnation in allen Bereichen geführt, zum Prinzip der negativen Auslese: Gesinnung vor Leistung, Sicherheit vor Produktion, zur Diktatur der Inkompetenz. Marx sprach von der Dummheit, die noch schreckliche Tragödien aufführen wird. Die Tragödie des Sozialismus ist die Trennung von Wissen und Macht. Der Niedergang eines Gemeinwesens beginnt mit dem Verfall der Sprache. Wo die Benennungen nicht mehr greifen, greift keine Praxis. *Das Leben in der Phrase statt auf dem Boden der Tatsachen hat zur einzigen Überschußproduktion in unsrer Mangelwirtschaft die Produktion von Staatsfeinden gemacht, die den Mangel reproduziert. Wir haben unsern Staat nicht für die Geschichte gebaut, sondern für die Statistik. [...]* Der Prozeß ist revolutionär, vielleicht die erste Revolution in Deutschland, das Tempo ist schwindelerregend, eine sozialistische Revolution ist es nicht und kann es, nach Jahrzehnten stalinistischer Perversion des Sozialismus, nicht sein“.

(WKD/ND1.02007 Neues Deutschland, 14.12.1989, Ressort: Kultur; Plädoyer für den Widerspruch [S. 5])

Unter Berücksichtigung der angesprochenen Tendenzen im SED-Diskurs lässt sich in diesem Absatz eine durchaus andere Position beobachten: Die früher positiv konnotierten *Sozialismus*-Kollokationen sind durch die Verbindungen *die feudalsozialistische Variante der Aneignung des Mehrwerts, die Tragödie des Sozialismus in einem Land, stalinistische Perversion des Sozialismus* ersetzt.

Dieses könnte als ein Beweis eines kontinuierlichen Bewusstwerdungsprozess der DDR-Bürger interpretiert werden.

Zu Wort melden sich die durch den sozialistischen Alltag entstandene *wirkliche* Bedeutungen des Begriffs: [...] *Stalinsche Fiktion des **Sozialismus** in einem Land, deren Realisierung zur Kolonisierung der eignen Bevölkerungen in den osteuropäischen Ländern gelehrt hat bzw. die stalinistische Perversion des Sozialismus* [...]. Die Lexik ist von der Schönfärberei zum Teil befreit.

Es entstanden dennoch Texte, die gewisse Merkmale des Parteinarrativs aufgewiesen haben.

Im Weiteren werden noch einige wenige Aspekte resümiert:

„Es ist noch gar nicht so lange her, da hat eine *Schriftstellerin unseres Landes* [Christa Wolf, M. K. Ď.] in schönen Worten und sehr zu Recht Weisheit und Witz gerühmt, mit denen das Volk auf der Straße seinen Willen zu demokratischer Selbstbestimmung artikuliert. Sie nannte das *die Sprache der Wende* und schuf damit eine sprachliche Wendung, die eingehen wird in die Geschichte.

Die Sprache, so hieß es weiter, *springe nun aus dem Ämter- und Zeitungsdeutsch heraus, in das sie bisher eingewickelt war, und erinnere sich ihrer Gefühlswörter.*

Die Sprache der Wende in unserem Lande ist seit den frühen Oktobertagen weltbekannt geworden als semantisches Signal eines friedlichen, gewaltfreien Volksaufstandes, einer demokratischen Revolution von unten. Ihre wichtigsten Wörter sind Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, **wirklicher Sozialismus.**

In der Stadt Leipzig, von der die Volksrevolution ausging, sind die Demonstrationen weitergegangen, aber von der Sprache der Wende ist auf Plakaten und Transparenten wenig übriggeblieben. Statt dessen springen einen [richtig: einem, M. K. Ď.] Losungen und Parolen an wie „wir sind Deutsche, was seid Ihr?“, „Rote aus der Demo raus“, „Geht doch nach Rußland“.

(WKD/ND1.02008 Neues Deutschland, 15.12.1989, Ressort: Nachrichten und Kommentare; Die Sprache welcher Wende? [S. 2])

Die „reformierte“ Partei, die zu dieser Zeit Hans Modrow repräsentierte, nahm eine interessante Stellung gegenüber den friedlichen Demonstrationen ein: Es ging um ihre Unterstützung bzw. um ihre Aneignung. Dabei kam die *Sprache der Wende* als eine der prägenden Kollokationen der DDR-Wende auf, mit der sich die Partei stark identifizierte: Es wird einerseits die positiv konnotierte *Sprache der Wende* als ein Resultat der *Volksrevolution* interpretiert, andererseits

ist weiter der *Sozialismus*-Begriff emphatisch vertreten. Diese sprachliche Schizophrenie ist immer wieder in den Verbindungen wie *Volksaufstand*, aber vor allem in der Verbindung *wirklicher Sozialismus (Ihre wichtigsten Wörter sind Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, wirklicher Sozialismus.)* zu erblicken.

Um diese These zu präzisieren, bietet sich eine Klarstellung: Die Partei akzeptierte die Willensäußerung des *Volkes*, zugleich distanzierte sie sich rasant von den Parolen und Plakaten, die eine Missbilligung der überdauernden *sozialistischen* Strukturen ausdrückten (*Statt dessen springen einem Losungen und Parolen an wie „wir sind Deutsche, was seid Ihr?“, „Rote aus der Demo raus“, „Geht doch nach Rußland“*). Dahinter stand offenkundig die schon thematisierte These der Fortführung des *Sozialismus* in der DDR.

„**Sie** [DDR, M. K. D.] **kann nur als sozialistischer Staat existieren, wenn es jetzt auch sehr unpopulär ist**, ich sage es dennoch: wir haben in den 40 Jahren auch manches aufgebaut, das bewahrt werden muß und weiter ausbaufähig ist. Die Geschichte der DDR ist nicht nur eine Geschichte von Fehlern, sondern auch eine Zeit harter, verantwortungsvoller Arbeit ganzer Generationen für eine *wirklich neue sozialistische Gesellschaftsordnung*.

Es hätte verhängnisvolle Folgen, wenn **das *sozialistische Experiment***, das wir in 40 Jahren unternommen haben, scheitern würde. **Ich weiß, nicht wenige behaupten, der *Sozialismus* hat versagt.**

Ich stimme dagegen mit jenen überein, die sagen, nicht der Sozialismus hat versagt, versagt haben die historisch überlebten Strukturen, die dem Bürokratismus und der Willkür Tür und Tor öffneten und schöpferisches Denken unterdrückten. Darum sage ich auch, wir wollen *einen neuen, einen modernen **Sozialismus***, der wirklich den Menschen in seiner Individualität in den Mittelpunkt stellt.

Ich will einen *Sozialismus*, in dem jeder Mensch, unabhängig von seinem parteipolitischen, weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis seine Neigungen und seine Meinung frei vertreten kann. Dazu zu arbeiten lohnt sich wirklich“.

(WKD/ND2.02507 Neues Deutschland, **06./07.01.1990**, Ressort: Forum; Für die Zusammenarbeit aller Parteien, Gruppen und Organisationen [S. 10])

Die identitätsstiftende Funktion des *Sozialismus*

In diesem Fall übt der Begriff *Sozialismus* eine besondere Funktion aus: Er wirkt identitätsstiftend. Die Identifizierung basiert nicht nur auf der *sozialistischen* Geschichte der DDR, sondern auch auf der dichotomischen Abgrenzung *Sozialismus* als Gegenentwurf zum *Kapitalismus*.

Nach dem Mauerfall war für manche DDR-Bürger die Vorstellung der Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Umbau zum *Kapitalismus* von wesentlicher Bedeutung.

Andere fanden den Weg des westlichen *Kapitalismus* zu drastisch und zudem unerwünscht. Sie wollten den *sozialistischen Weg* der DDR behalten und nur die parteilichen Strukturen ändern – das *sozialistische Experiment* soll weiter funktionieren (*Ich stimme dagegen mit jenen überein, die sagen, nicht der Sozialismus hat versagt, versagt haben die historisch überlebten Strukturen, die dem Bürokratismus und der Willkür Tür und Tor öffneten und schöpferisches Denken unterdrückten.*). Doch laut der marxistisch-leninistischen Theorie ist der *Sozialismus* ohne die einen allein regierende Partei nicht möglich, weil sie den *Sozialismus* prägt und darstellt. Jegliche Feindseligkeit gegen die Partei und den *Sozialismus*, so heißt es im Marxismus-Leninismus, sei zu bestrafen (vgl. Bankowicz 2013: 14, Übersetzung M. K. Ď.).

„Petra Wunderlich:

Sozialismus und Unterdrückung der Frau schließen eigentlich einander aus. Jedoch existiert der Sozialismus nicht, somit auch nicht die Gleichstellung der Geschlechter“.
(WKD/JW2.03580 Junge Welt, **13.02.1990**, Ressort: Bei uns unterwegs; Frauen (wollen) an die Macht [S. 3])

Als die gesellschaftspolitischen Veränderungen vorangeschritten waren, fanden die nostalgischen Parolen bei der breiten Öffentlichkeit Gehör. Diese nostalgische Positionierung ist in der Kollokation *Sozialismus und Unterdrückung der Frau* zu bemerken. Die Stellung der Frauen im *Sozialismus* sollte unter dem Motto *Ohne Feminismus kein Sozialismus* verwirklicht werden: Nur der *Sozialismus* ermögliche jene materielle Voraussetzung (rechtliche, soziale und ökonomische Gleichstellung), die für die Befreiung der Frau vonnöten ist.

Auch heutzutage wird über die eigentliche Stellung der Frauen in der damaligen DDR, die sog. „Frauenfrage“, heftig gestritten. In der Realität war die Stellung der Frauen in der DDR untergeordnet. Die Frauen seien allein aus ökonomischen Gründen, wegen des Mangels an Arbeitskräften, in den Produktionsprozess getrieben worden. Dabei hatten sie sich nicht emanzipiert, sondern einer patriarchalischen Männerwelt unterworfen, so laut Feministinnen im Westen²².

Alles in allem ist der Belegüberblick mit einer Erklärung der umbenannten *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED) in *Partei des demokratischen Sozialismus* (PDS) zu beenden:

²² Die sog. „Frauenfrage“ in der DDR ist detailliert im *Tagesspiegel* (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/frauen-in-der-ddr-wie-der-sozialismus-die-emanzipation-vorantrieb/24063240.html>) beschrieben.

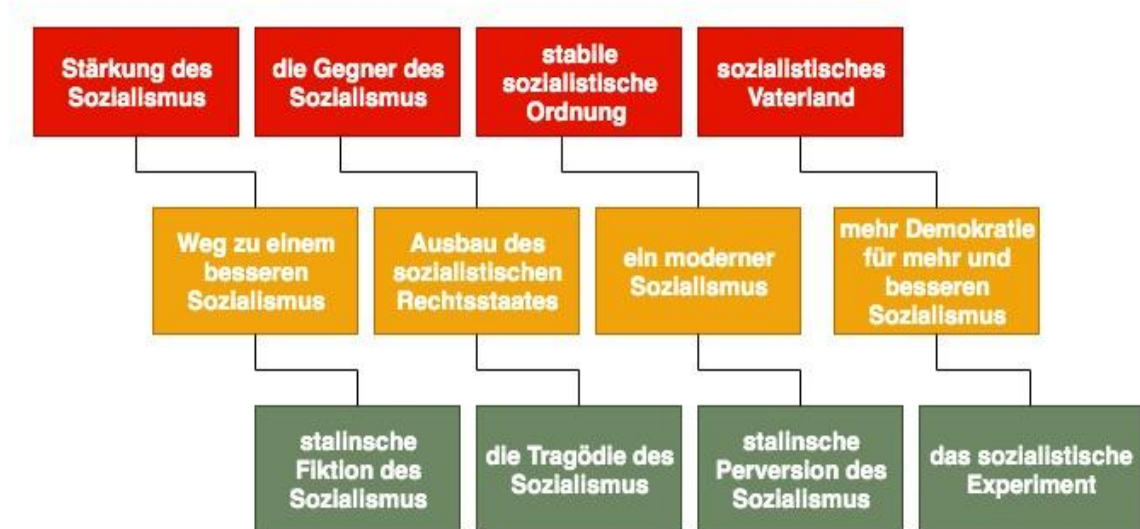
„Jedem unvoreingenommenen Beobachter muß auffallen, daß die *Partei des Demokratischen Sozialismus* [PDS] von ihrer Programmatik, von ihrem Statut, von ihrer Mitgliederstruktur, von ihren neuen ökonomischen und finanziellen Bedingungen her nicht mehr mit der SED zu vergleichen ist. Die Trennung von Partei und Staat ist fast vollständig vollzogen, und die PDS besitzt kein Machtmonopol mehr. *Von der früheren Alleinherrschaft ist nichts geblieben*. Sie ordnet sich demokratisch in das Parteienspektrum ein und unterbreitet Politikangebote, die zum Teil von den Massenmedien weniger Beachtung finden als Politikangebote anderer Parteien und Bewegungen. Der Mangel an menschlichem Miteinander hat seine Ursachen sicherlich in der Geschichte des Landes, aber bestimmt nicht in der Wirkungsweise der Partei des Demokratischen Sozialismus. Die Mitglieder dieser Partei sind verschärften Angriffen ausgesetzt, sie bilden insoweit eine notwendige Solidargemeinschaft. Sie haben sich trotz der stalinistischen Geschichte nicht von sozialistischen Idealen abbringen lassen. Allein die Tatsache, daß es heute so wenig lukrativ ist, Mitglied dieser Partei zu sein, verdeutlicht und erzwingt den neuen Charakter dieser Partei“.
(WKD/ND2.02563 Neues Deutschland, **21.02.1990**, Ressort: Meinungen und Berichte; Sorge, daß Humanismus vernachlässigt werden könnte [S. 2])

Wie sich aus dem Beleg ergibt, definiert sich die PDS mithilfe der neuen Strategie und Rhetorik mit dem Menschlichkeitsgefühl. Das Ziel ist, sich gegenüber der sowjettreuen SED abzugrenzen, indem auf die neue Parteilinie hingewiesen wird.

Es ist eine Überlegung wert, inwiefern die avisierte Distanz der PDS den Sozialismus-Begriff betraf. Im Gegensatz zu den oben kommentierten Belegen ist die Rhetorik der PDS nur wenig oder an der Oberfläche verändert. Dafür spricht auch die Kollokation *Wirkungsweise der Partei des Demokratischen Sozialismus* oder *sich nicht von den sozialistischen Idealen abbringen lassen*.

3. Fazit

Die Graphik 1. skizziert den konnotativen Wechsel des Begriffs *Sozialismus* und seine semantischen Differenzierungen im Kontext der Wendezeit:



Wie eingangs bereits angedeutet, ergeben sich aus den Belegen einige Tendenzen, die die semantischen Verschiebungen bzw. Differenzierungen innerhalb des Begriffs *Sozialismus* aufweisen. Diese sind natürlich durch den gesellschaftspolitischen Umbruch bedingt.

An dieser Stelle ist vor allem die SED-Rhetorik und das Vokabular des Marxismus-Leninismus zu erwähnen; beide sprachlichen Ausprägungen/Formen sind durch etwaige Stereotypen bzw. Ritualisierungserscheinungen (vgl. Burkhard 2019: 291) geprägt. Dementsprechend wurden die Normen seitens der SED gesetzt und von „oben nach unten“ realisiert (vgl. ebd.) Als Resultat der starken Sprachregelung bzw. sprachlichen Rigidität können gerade die *Sozialismus*-Kollokationen in der Graphik (rote Zeile) interpretiert werden. Mit anderen Worten war die Kommunikation sowohl inhaltlich als auch formal geprägt von den Normen des offiziellen SED-Diskurses.

Die Situation vor dem Mauerfall war durch mehrere sprachliche Parolen und Lösungen geprägt. Eine der Parolen war *Wir sind das Volk!* (später *Wir sind ein Volk!*), die auf der Dichotomie *Partei – Volk* basiert. Die Distanzierung des *Volkes* gegenüber der *Partei* und dem *Sozialismus* hatte eine partielle Verschärfung der SED-Rhetorik (verursacht auch wegen der Flüchtlingskrise) zur Folge. Später, mit sich zuspitzenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unruhen, hatten sich langsam die demokratisierenden Tendenzen etabliert,

indem häufig mit den Begriffen *Demokratie, Monolog, Rechtsstaat, Öffentlichkeit* manipuliert wurde. Dies ist auch im *Sozialismus*-Begriff (gelbe Zeile) impliziert. Natürlich war es nur eine neue Strategie des Regierungsvorsitzenden Krenz, die sich letztendlich auf den Weg der Perestroika und der Glasnost begab. Dazu war es jedoch zu spät. Das Volk verlangte (nach der Öffnung der Grenzen²³) den schnellen Übergang zum *Kapitalismus*.

Weil die Fähigkeit der SED die Bürger zu überzeugen nachgelassen hat und mit anderen kommunikativen Strategien nicht mehr zu kompensieren war, obwohl es die SED versuchte, ist die Zeitspanne von Januar bis März 1990 durch die harte Kritik des *Sozialismus* und der SED-Herrschaft geprägt (grüne Zeile). Zu dieser Zeit lief die erste demokratische Wahlkampagne, die auch diese Merkmale beinhaltete.

²³ Die Rede von Günther Schabowski

II. Ideologie

1. Zur Begriffsdifferenzierung

Innerhalb dieses Kapitels soll die Untersuchungsbasis das Konzept *Ideologie* bilden, das im Rahmen des Marxismus-Leninismus eine zentrale Stellung innehat, also auch als ein *Schlüsselwort* bzw. *Leitwort* zu bezeichnen ist.

Da dieser Begriff bereits durch die Klassiker des Marxismus-Leninismus verwendet wurde, soll im Folgenden kurz seine geschichtliche Entwicklung skizziert werden.

1.1 Zur Genese des Begriffs

Erstmals wurde dieser Begriff durch den französischen Philosophen der Spätaufklärung Destutt de Tracy²⁴ benutzt (im Titel seines Buchs über den Ursprung der Ideen: „Elements d’Idéologie“). Später gewann dieser Begriff immer mehr an pejorativen Konnotationen, und *Ideologie* wurde in der Bedeutung *weltfremde Schwärmerei* verwendet (vgl. Fleischer 1988: 244).

Auch Marx und Engels bedienten sich dieses Begriffs, zunächst jedoch in seiner gemeinsprachlichen pejorativen Bedeutung. Zum Bedeutungswandel ist es erst in der „Deutschen Ideologie“²⁵ gekommen, indem die *Ideologie* „als *Illusion einer Klasse* über sich selbst und ihre Rolle im Geschichtsprozeß verstanden wird“ (Fleischer 1988: 244). Damit ist *Ideologie* als *Klasseninteresse* zu verstehen (vgl. ebd.). Das *Klasseninteresse* wird prägnanter bei Lenin bestimmt, wenn er zum ersten Mal die Verwendungsweise *Ideologie der Arbeiterklasse* benutzt: „[...] der *Sozialismus*, die *Ideologie* des proletarischen Klassenkampfes“ (vgl. Lenin, Werke, Bd. 4, 113; zit. nach Fleischer 1988: 245).

²⁴ (1754 – 1836)

²⁵ *Die deutsche Ideologie* (1845 – 1846) wurde vornehmlich von Karl Marx (und in Teilen auch von Friedrich Engels) geschrieben. Sie gilt als Schlüsselwerk des historischen Materialismus.

Da die *Ideologie* ein philosophisches Konzept ist, ist es nötig, eine philosophische Definition zu präsentieren:

„[...] Die heute gebräuchlichste Bedeutung kommt vom Marxismus. Ideologie bezieht sich hier auf *die verdrehte Vorstellung der Welt, die der herrschenden Klasse eine kontrollierte Klasse auferlegt, manchmal im Glauben, dass diese der Realität entspricht*. Ideologie ist somit eine mehr oder weniger unbeabsichtigte kollektive Lüge, die aus Unwissenheit oder mangelndem Bewusstsein hervorgeht, dass der geistige und intellektuelle Aufbau der Gesellschaft durch ihre wirtschaftliche Basis gegeben ist.

Die Ideologie umfasst dann alle Bereiche des Denkens (geistige Kultur oder soziales Bewusstsein: Religion, Politik Recht, Kunst, Philosophie, sogar Wissenschaft).

In dieser Hinsicht verbreiten alle diese Bereiche die Ideologie möglicherweise mit Hilfe verschiedener Institutionen oder „ideologischer Instrumente des Staates“

(Durozoi 1994: 124, Übersetzung M. K. Ď.).

Hiermit sind erste wesentliche Hinweise zur Genese des Begriffs gegeben. Im Weiteren werden die konkreten Definitionen des Konzepts *Ideologie* vorgestellt.

1.2 Ein Definitionsüberblick

Das Ziel für die Annäherung bzw. Spezifizierung des Terminus ist seine Definition in den Wörterbüchern. Entscheidend ist es, möglichst klar und prägnant den Begriff zu umschreiben. Eine Aufzählung der vorhandenen Definitionen stellt jedoch keine Garantie dar, um sich Klarheit über solchen komplexen Begriff zu verschaffen. Trotzdem wird der Versuch unternommen.

Das Wörterbuch der deutschen Sprache (Klappenbach/Steinitz; Aufl. von 1974) definiert die *Ideologie* folgenderweise:

1. **System von Ideen, Anschauungen und Begriffen**, das einen **bestimmten gesellschaftlichen Standpunkt** widerspiegelt
2. **politische und soziale Theorie**
eine alte, neue, sozialistische, reaktionäre, fortschrittliche, feindliche, gefährliche, wissenschaftliche Ideologie

3. **Die deutsche Ideologie** (von K. Marx und F. Engels): Die Ideologie der Volksklassen; Marx und Engels untersuchten den Klassencharakter der Ideologie; *der Kampf der Ideologien, eine Ideologie vertreten, verteidigen, propagieren, ins Volk tragen*
dazu in Verbindung mit Ausbeuter -, Beamten-, Feind-, Kapitalistenideologie [...];

ideologisch [Adj.]

die Ideologie betreffend, weltanschaulich

ein ideologischer Konflikt, Kampf, Faktor; eine ideologische Erziehung; etw. ist ideologisch unklar;

Das Digitalwörterbuch DWDS (s. d.) bedient sich dieser Interpretation von *Ideologie*²⁶:

1. **System von Ideen Anschauungen und Begriffen**, das einen bestimmten gesellschaftlichen Standpunkt widerspiegelt
2. **politische und soziale Theorie**

Des Weiteren bietet die Enzyklopädie der Politik (Encyklopedie politiky, Aufl. von 1996) folgende Interpretation des Begriffs *Ideologie*:

„**System von Meinungen, Ideen, Einstellungen usw. in Bezug auf die Existenzbedingungen einer bestimmten sozialen Gruppe.** Der Begriff wurde erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt und obwohl er in der Politikwissenschaft am häufigsten verwendet wird, ist er auch einer der am sorgfältigsten interpretierten Begriffe. [...]

K. Marx und F. Engels verstanden unter diesem Begriff in erster Linie eine **idealistische und spekulative Konzeption, nach der die Welt die Verkörperung von Ideen und Prinzipien ist.** [...]“ (Žaloudek 1996: 144, Übersetzung M. K. Ď.).

²⁶ Zugriff am 1. 1. 2020

Alles in allem ist der Definitionsüberblick mit der Darstellung aus dem *Wörterbuch der Politik* (Aufl. von 1995) von Manfred G. Schmidt zu beenden:

„[...] in der Politik und der Politikwissenschaft **unterschiedlich definierte und bewertete Bezeichnung für politische Ideen und Ideengebäude** unter besonderer Berücksichtigung ihres Ursprungs, ihrer Struktur, **Wahrhaftigkeit oder Fehlerhaftigkeit und ihres Zusammenhangs mit politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen**.

[Ideologie] ist eine Bezeichnung, die

- a) neutral beschreibend für **wissenschaftlich-analytische Instrumente** (ursp. die Auffassung von I. als Wissenschaft von Ideen) und
- b) als **politischer Kampfbegriff** verwendet wird. [...]

Das Ende der I. wurde vor allem auf die Bedeutungsminderung radikaler Hochideologien wie des *Sozialismus* zurückgeführt“ [...].

1.3 Ideologie im DDR-Sprachgebrauch

1.3.1 Zur Verwendung des Begriffs der Ideologie

In den DDR-Periodika (z. B. *Neues Deutschland, Berliner Zeitung, Neue Zeit, Junge Welt*) ist die sog. SED-Sprache ein wesentlicher Punkt der Ideologieverbreitung. Die Partei-Sprache ist durch mehrfache Aspekte²⁷ gekennzeichnet; in diesem Kapitel geht es wiederum darum, eine konzise Reflexion des *Ideologie*-Sprachgebrauchs in der DDR darzustellen.

Durch die Definitionen wird bereits ein besonderes Merkmal von *Ideologie* im Unterschied zu solchen Begriffen wie z. B. der *Sozialismus* verdeutlicht. Es besteht darin, dass *Ideologie* verschieden bewertete Sachverhalte benennt: „Wenn Ideologie definiert wird als System der gesellschaftlichen (politischen, ökonomischen, rechtlichen, pädagogischen, künstlerischen, moralischen, philosophischen u. a.) Anschauungen, die bestimmte Klasseninteressen zum Ausdruck bringen und entsprechende Verhaltensnormen, Einstellungen und Wertungen einschließen“ (Fleischer 1988: 252).

²⁷ s. Kap. 2.

Davon ausgehend können folgende Bereiche²⁸ der *Ideologie* beschrieben werden (vgl. ebd.):

- a) *Ideologie* als allgemeiner Gattungsbegriff
- b) *Ideologie* als Artbegriff *sozialistische Demokratie*
- c) *Ideologie* als Artbegriff *bürgerliche Demokratie*

Ad a): In diesem Fall ist *Ideologie* mit Bereichen wie *Wissenschaft* und *Politik* bzw. *Ökonomie* verbunden. Sprachlich wird dieser Gattungsbegriff vor allem mithilfe der Determinativkomposita realisiert. Damit ist gemeint, dass *Ideologie* als erste Konstituente vorkommt, z. B.: *Ideologiekritik*, *Ideologiebildung*, *Ideologiegeschichte*, aber auch *ideologiefrei* usw. (vgl. ebd.). In Belegen ist ferner die Pluralform, also die *Ideologien*, vertreten. Dies kann als ein Hinweis dafür sein, dass die im Plural stehenden Verwendungsweisen einen allgemeinen Gattungsbegriff bezeichnen können. (vgl. Fleischer 1988: 252).

Ad b): Die Bildung der jeweiligen Ideologieproduzenten wird durch Einsetzen der passenden Artbegriffe ermöglicht. Das kann zweifach realisiert werden (vgl. Fleischer 1988: 253):

- 1) Einerseits durch Attribuierung, d. h. die entsprechenden Attribute nennen die Ideologieproduzenten, z. B.:
 - z. B. *Ideologie der Arbeiterklasse*, *Ideologie des Proletariats*;
- 2) Zum anderen ermöglichen die Attribute, gewisse inhaltliche Merkmale von *Ideologie* zu bezeichnen. Dazu gehören:
 - Entwicklungsstadien der Produktionsverhältnisse
 - *sozialistische Ideologie*, *Ideologie der sozialistischen Verhältnisse*,
 - weltanschauliche Grundlagen der Ideologie
 - *marxistisch-leninistische Ideologie*,
 - qualitative Merkmale
 - *wissenschaftliche Ideologie*, *revolutionäre Ideologie*.

²⁸ Die Einteilung der *Ideologie* beruft sich auf den Verfasser des Werkes *Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR* Wolfgang Fleischer, der als langjähriges Mitglied der SED in der AdW tätig war. Deswegen ist es nötig, die hier erwähnte Einteilung als *ideologiebelastet* wahrzunehmen. Die Autorin fügt die o. g. Eingliederung des Begriffs aus demonstrativen Gründen hinzu, um die Reichweite der *marxistischen* bzw. *sozialistischen Ideologie* auf die Wissenschaft zu demonstrieren. Deshalb ist dieser Text kritisch zu lesen.

Fleischer gibt an, dass „[Ideologie] infolge des dominierenden Einflusses der *bürgerlichen Ideologie* auf die Massenkommunikation bis 1945 vorwiegend negativ bewertet wurde. Dies könnte eine Ursache dafür sein, dass das Wort [in der DDR] von 1945 bis ca. 1955 vor allem mit Kollokationspartnern verwendet wurde, die eindeutig positiv konnotiert waren (*wissenschaftliche I., humanistische I.*)“ (Fleischer 1988: 253).

Ad c): Die *bürgerliche Ideologie* weist eine gewisse Inhomogenität auf, weil die Kollokationspartner Gruppen der Ideologieproduzenten bezeichnen können, das können sein: *Ideologie des Bonner Staates, Ideologie des US-Imperialismus, neofaschistische Ideologie* usw. (Fleischer 1988: 253ff).

Im Weiteren können mögliche Kollokationspartner diese Gruppen vorstellen (nach Fleischer 1988, vgl. ebd.):

- a) Attribute, die Entwicklungsstadien der kapitalistischen Gesellschaft benennen: *imperialistische Ideologie, Ideologie der Monopolkapitalismus*
- b) Schlagworte der *bürgerlichen Ideologie*: *Abendlandideologie, barbarische Ideologie, pluralistische Ideologie*
- c) die letzte Gruppe stellt die Bezeichnungen bzw. Nennungen inhaltlicher Merkmale der bürgerlichen Ideologie dar [dies gilt vor allem für die adjektivischen Attribute, die durch entsprechenden Kontextpartner verwendet werden. Damit dienen sie auch Wertung]: *antihumane Ideologie, menschenfeindliche Ideologie, aggressive Ideologie, geistlose Ideologie des Verbrechens* usw.

1.4 Zusammenfassung der Begriffsdifferenzierung: Ideologie

Tab. 1.: Ein Überblick der *Ideologie*auffassungen:

A: Ideologie [Aufklärung]	B: Ideologie [Marx]	C: Ideologie [heute]
weltfremde Schwärmerei nach der französischen Besetzung Preußens v. a.: a. Metaphysik und b. staatsgefährdende Doktrin (vgl. Fleischer 1988: 244)	eine Form des illusorischen Bewusstseins idealistische und spekulative Konzeption, nach der die Welt die Verkörperung von Ideen und Prinzipien ist politischer Kampfbegriff	systematische Zusammenfassung von Ideen, die die Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe repräsentieren

2. Analyse

2.1 Einführung

In diesem Kapitel wird die Aufmerksamkeit den *Ideologie*-Kollokationen gewidmet, indem die Semantik der jeweiligen Verwendungen des Wortes *Ideologie* analysiert wird. Dies soll auch mit Hilfe der Kookkurrenzanalyse erfolgen.

Bevor die einzelnen Belege behandelt werden, sollen zunächst die Tendenzen der sprachlichen Okkurrenz mithilfe der Frequenzanalyse während des Wende-Jahres (1989 – 1990) kurz beschrieben werden.

In der Tabelle 2. ist sichtbar, wie sich nach dem Mauerfall die Frequenz des Begriffs *Ideologie* sukzessiv verdoppelte. Der Grund liegt möglicherweise darin, dass der Begriff von seiner ursprünglich positiven Konnotation in eher negative Konnotation geriet. Die doppelte Interpretation dieses Begriffs besteht weiter darin, dass eine jahrelang dauernde Trennlinie zwischen der *Ideologie des (wissenschaftlichen) Sozialismus*²⁹ und der *kapitalistischen Ideologie*³⁰ gegeben war. Die erste Auffassung ist in der DDR-Presse eindeutig positiv, die zweite negativ belegt.

Grundsätzlich dürfte gelten: Nach dem Mauerfall wog allmählich die Frequenz der Kollokation *kapitalistische Ideologie* vor, was die Tabelle verdeutlicht.

Tab. 2.: Frequenz³¹

Treffer	Texte	Jahr
24	17	1989
41	28	1990

²⁹ Die *sozialistische Ideologie* ist auf den Theorien von K. Marx und F. Engels (später V. I. Lenin) gegründet.

³⁰ Der *Kapitalismus* (bzw. die *kapitalistische Ideologie*) als wirtschaftliches Konzept basiert auf den Ideen der Klassiker wie z. B.: A. Smith, J. M. Keynes. Beide Ideologien oder Konzepte stehen also konträr zueinander.

³¹ Zugriff am 13. 1. 2020 (Quelle: WKD)

2.2 Die Kookkurrenzanalyse (CCDB)

In der Tabelle wird dargestellt, welche Kookkurrenzen am häufigsten vertreten sind. Die Auswahl funktioniert nach dem Prinzip der Zufälligkeit, so dass der gesellschaftspolitische Kontext vernachlässigt wird.

Tab. 3.: **Kookkurrenzprofil Ideologie**³²

Konkordanz Ideologie
Durchsetzung der nationalsozialistischen Ideologien
eine totalitäre Ideologie
kommunistische und faschistische Ideologie
Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie
Ideologie des kommunistischen Totalitarismus
totalitäre Regime und Ideologien
Anfälligkeit für totalitäre Ideologien
der Fundamentalismus als eine politische Ideologie
rassistische und faschistische Ideologie
politische Ideologien
Ideologie totalitärer Regime
Zusammenbruch marxistischen Ideologien
menschenverachtende Ideologie
rechte Ideologien
Abkehr von den Ideologien

³² s. <http://corpora.ids-mannheim.de/>, Zugriff am 27. 1. 2020

Wie schon im methodologischen Teil angedeutet wurde, wird die Liste der Kookkurrenzpartner geliefert, in dem die Partner nach Signifikanz geordnet sind.

Tab. 4.: **Kookkurrenzpartner**³³ *Ideologie*: Textwort *Ideologie* tritt als Kookkurrenzpartner bei folgenden Analysewörtern- und Typen auf:

Wort	Synsemantika	
	ohne	mit
nationalsozialistisch	3796	3796
kommunistisch	2934	2934
faschistisch	1609	1609
neoliberal	1421	1421
totalitär	1340	1340
marxistisch ®	1297	1297
sozialistisch	1147	1147
Nationalsozialismus ®	943	943
bürgerlich	873	873
nationalistisch	758	758
rassistisch	758	758
völkisch	753	753
Religion ®	731	731
Nationalismus ®	659	659
islamistisch	628	628
pur	598	598
herrschen	570	570
zionistisch	474	474
rechtsextrem	470	470
Pragmatismus ®	467	467
braun	459	459
Kommunismus ®	416	416

Daraus ergeben sich die signifikantesten Kookkurrenzpartner des Begriffes der *Ideologie* im SED-Diskurs:

- kommunistisch
- totalitärer
- marxistisch
- sozialistisch

³³ s. <http://corpora.ids-mannheim.de/>, Zugriff am 27. 1. 2020

2.3 Analyse der Belege

In diesem Kapitel wird das Schlüsselwort *Ideologie* in verschiedensten Kollokationen vor dem Hintergrund des gesellschaftspolitischen Kontextes untersucht. Darüber hinaus sollen noch einige Erklärungen, den Begriff *Ideologie* betreffend, am Anfang der semantischen Untersuchungen gemacht werden. Die Belege sind **chronologisch** sortiert, um den der allgemeine Kontext in Betracht ziehen zu können. Mit dem *kursiv* gesetzten Text ist die Parteisprache markiert.

Die *Ideologie* im SED-Diskurs steht für eine *sozialistische Ideologie* bzw. *Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus*. Die Ursprünge des *wissenschaftlichen Sozialismus* sind im Marxismus-Leninismus respektive in der *marxistisch-leninistischen Ideologie* zu finden.

Damit die Kollokation *wissenschaftlicher Sozialismus* besser verstanden werden kann, wird auf die marxistische Doktrin zurückgegriffen: Marx nannte seine Lehre einen *wissenschaftlichen Sozialismus*, um sich von den Ansätzen der Frühsozialisten (*utopischer Sozialismus*³⁴) zu distanzieren. Hiermit wollte er beweisen, dass seine Analysen wissenschaftlich und unwiderlegbar waren. Sein Konzept des *Sozialismus* im Sinne der *historischen Vorbestimmung der Menschheit*³⁵ (das Ziel war letztlich, die Entstehung einer klassenlosen Gesellschaft) sei nach einigen Philosophen und Denkern jedoch ein großes utopisches Postulat (Bankowicz 2013: 38, Übersetzung M. K. Ď).

Es ist zu konstatieren, dass es von großem Belang ist, beide Konzepte sozusagen als ein Kontinuum zu verstehen, weil sowohl der Begriff des *Sozialismus* als auch der Begriff der *Ideologie* sehr eng miteinander verbunden sind; beide Termini treten de facto *diffus* auf. Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass die *Ideologie* im SED-Diskurs keinesfalls negativ konnotiert sein durfte.

³⁴ s. Kap. *Sozialismus*.

³⁵ der historische Materialismus

Mit dieser Erkenntnis wird die erste Kollokation im Beleg untersucht.

„All das sind Einmischungen in unsere inneren Angelegenheiten. Sie werden uns allerdings nicht davon abhalten, unsere Gesellschaft nach unseren Vorstellungen vom Sozialismus zu gestalten, nicht davon abbringen, unsere Politik zum Wohle des Volkes unbeirrt fortzusetzen.

Zu den Voraussetzungen dafür gehören die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen Werktätigen; die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei; das gesellschaftliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln; die gesellschaftliche Leitung und Planung, die durch *das beharrliche Wirken der Kommunisten bestimmende Rolle der sozialistischen Ideologie*. Dies ist unser Fundament, und deshalb lassen wir daran nicht rütteln. Denn wir wissen sehr wohl: Trägt das Fundament nicht, wackelt das ganze Haus“.

(WKD/BZA.00120 Berliner Zeitung, 19.07.1989, Ressort: Politik; Unser Sozialismus und die Tadel der Gegner [S. 2])

Aus dem Beleg geht die klare Positionierung der *sozialistischen Ideologie* als der übergeordneten und bestimmenden *Ideologie* hervor. Sie ist durch die politische Führung der Arbeiterklasse, deren Macht die Partei repräsentierte, determiniert. All dies ist ein Fundament der Stabilität und Prosperität der DDR. An dieser Stelle ist vonnöten, die Kollokation *sozialistische Ideologie* präziser zu erörtern.

Zunächst muss der *Sozialismus* nicht nur als rein ökonomisches Konzept begriffen werden – im Gegenteil: Die kommunistische Rhetorik identifiziert ihn mit keinem *ökonomischen Mechanismus* (vgl. Fidelius 2016: 192, Übersetzung M. K. Ď.), sondern er ist als eine (politische) *Ideologie* aufzufassen, die natürlich auf dem Marxismus-Leninismus basiert und mit der sich die *führende Partei* zu legitimieren versucht (z. B.: *beharrliche Wirken der Kommunisten* und *bestimmende Rolle der sozialistischen Ideologie*). Die gesamte kommunistische Rhetorik, die natürlich auf der *Ideologie* beruht, kann als ein Monolog bezeichnet werden, dessen Ziel Interpretation der eigenen Parteiwahrheit war. Mit anderen Worten gesagt – die sog. *Selbstbegründung* (vgl. Fidelius 2016: 192, Übersetzung M. K. Ď.). Daher ist es erforderlich, die Rhetorik der Kommunistischen Partei (SED) nicht nur als Propaganda zu verstehen (obwohl in diesem Fall ist es nicht das Parteiziel, irgendjemanden zu überzeugen), sondern im Gegenteil – die Sprache ist hier ein Instrument der Macht und ihrer Ausübung. Die (*sozialistische*) *Ideologie* stützt sich allerdings auf die Sprache. Dies ist auch im Beleg zu sehen, konkret an der Kollokation: [...] *sozialistische Ideologie. Dies ist unser Fundament* [...].

Des Weiteren lässt sich noch folgendes Merkmal zu registrieren: Die Partei-Herrschaft zeichnete sich durch ihre Abgrenzung von dem *kapitalistischen Westen*³⁶ aus. Um diese Positionierung der DDR gegenüber der BRD systematisch zu beschreiben, lassen sich folgende Bemerkungen zusammenfassen: Die Dichotomie *sozialistisch – kapitalistisch* begründet sich in erster Linie durch den Vergleich der beiden *Ideologien*, wobei die eine offensichtlich besser war – nämlich der *Sozialismus*. Die Partei-Rhetorik prägte dabei das Narrativ der kontinuierlichen *Sozialismus*-Bedrohung (und zugleich der *Ideologie*-Bedrohung). In diesem Fall kommt der Erreger der Bedrohung freilich aus dem Westen – dem *Kapitalismus*.

So heißt es im Beleg:

„Wenn offizielle Vertreter der BRD Bürger aus der DDR, die ihre Heimat zu verlassen trachten, unter haltlosen Versprechungen schon vorab willkommen heißen, die Medien ihnen dafür als Sprachrohr dienen, selbst Anleitung zum illegalen Verlassen der DDR geben und über zum Teil von ihnen organisierte „Grenzdurchbrüche“ eine genüßliche Frontberichterstattung zelebrieren. [...] Diese Einmischung auf der Grundlage einer aus der Vergangenheit *unrühmlich in Erinnerung gebliebenen großdeutschen Ideologie* ist wiederholt und aufs schärfste zurückgewiesen worden. Wiederholt ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß sowohl die Bonner Einmischungsversuche in souveräne Rechte der DDR als auch die Versuche, andere Staaten zu erpressen, zu ernststen Konsequenzen führen können“.
(WKD/BZA.00047 Berliner Zeitung, **05.09.1989**; Zu einer zügellosen Hetzkampagne der BRD [S. 1])

Bevor die jeweiligen Kollokationen untersucht werden, ist es erforderlich, den Kontext darzustellen. Der Kontext dieses Belegs ist die Zeit der steigenden DDR-Migrationskrise; somit lassen sich die parteilichen Hasspositionierungen (*Wenn offizielle Vertreter der BRD Bürger aus der DDR, die ihre Heimat zu verlassen trachten, unter haltlosen Versprechungen schon vorab willkommen heißen, die Medien ihnen dafür als Sprachrohr dienen [...]*) erst im Kontext verstehen.

Der *Kapitalismus* (und die liberale Demokratie) gilt im SED-Diskurs, wie es im Beleg latent auftritt, als Fortsetzung der Diktatur des Nationalsozialismus: [...]*Diese Einmischung auf der Grundlage einer aus der Vergangenheit unrühmlich in Erinnerung geblieben großdeutschen Ideologie* [...]. Es ist daher nicht überraschend die Kollokation *großdeutsche Ideologie* im Beleg zu beobachten, die auf diese Nachfolge verweist.

³⁶ Die gleiche Schlussfolgerung ist ebenfalls im vorigen Kapitel (I. *Sozialismus*) festgestellt, so dass dem Merkmal in diesem Kapitel nicht allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Kollokation *großdeutsche Ideologie* könnte als Analogie betrachtet werden, indem sie sich implizit auf die NS-Vorstellung des Großdeutschen Reichs beruft. Mithilfe dieser Parolen stilisierte sich die *sozialistische Ideologie* als die menschlichere, bessere, weil klassenlose Ideologie, die konträr zur *kapitalistischen – ausbeuterischen Ideologie*, nicht auf der NS-Vergangenheit gegründet ist.

Im Folgenden wird diese These noch weiterentwickelt:

„Auf die großen Leistungen eingehend, welche die Werktätigen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse erreichten, erklärte Erich Mielke: „Die Errungenschaften, die Werte und Ideale unserer sozialistischen Ordnung, unserer Politik und **Ideologie** werden wir uns – wie in den vergangenen 40 Jahren – durch nichts und von niemandem, auch nicht durch die gegenwärtige Verleumdungs- und Destabilisierungskampagne der Feinde aller Schattierungen zunichte machen lassen. Das sind wir dem Vermächtnis der revolutionären Kämpfer gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, allen an unserem sozialistischen Aufbauwerk Beteiligten wie auch den kommenden Generationen schuldig. Wir wissen um das Erreichte, wir wissen um die Kompliziertheit der vor uns stehenden Aufgaben und der zu lösenden Probleme, wir kennen unsere Verantwortung als Kommunisten und Tschekisten – und dementsprechend gilt es zu handeln“.

(WKD/BZA.00075 Berliner Zeitung, 29.09.1989, Ressort: Politik; Gegner der DDR werden scheitern [S. 2])

Ein weiterer Aspekt, wie sich die regierende SED gegen die BRD abzugrenzen versuchte, stellten die *Freund-Feind-Schemata* vor. Diese können auch im Beleg explizit registriert werden: *Verleumdungs- und Destabilisierungskampagne der Feinde aller Schattierungen*.

Die Partei-Rhetorik, die aus der *sozialistischen Ideologie* hervorging, spricht unter anderem von der Natur der *führenden Partei*. Diese hat immer versucht, sich im bestmöglichen Licht zu präsentieren. Ein solches Selbstgefühl ist vor allem in der kommunistischen Sprache zu vermerken. Dies wird im Folgenden anhand der *Ideologie*-Kollokation dargestellt.

Wie bereits erwähnt, ist der *wissenschaftliche Sozialismus* eine (politische) *Ideologie*, die auf den im Beleg dargestellten Attributen basierte (d. h. Errungenschaften, Werte, Ideale, Ordnung usw.: *Errungenschaften, die Werte und Ideale unserer sozialistischen Ordnung, unserer Politik und Ideologie*). Daraus lässt sich einfach deduzieren, dass das Hauptprinzip der *sozialistischen Ideologie* ihre *Fortschrittlichkeit* darstellte. Eines muss jedoch bewusst gemacht werden und zwar: Diese Ideologie ließ keine Misserfolge des *Sozialismus* zu. Das Versagen des *Sozialismus* wurde vornehmlich als das Versagen des Einzelnen – des Individuums wahrgenommen. Keine Akzeptanz der Misserfolge des *Sozialismus* und der Partei wird durch folgendes bestimmt:

Die Partei besaß ein Monopol, dessen Legitimität geschichtlich bedingt war (*Auf die großen Leistungen eingehend, welche die Werktätigen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse erreichten.*). Nur der Partei gehörte das Monopol der *wissenschaftlichen Erkenntnis der Geschichte* (vgl. Fidelius 2016: 186, Übersetzung M. K. Ď.). Nur die Partei war dazu bestimmt, die Entscheidung zu treffen, was zu der Zeit *fortschrittlich* ist. Aus diesen drei Belegen ist die erstarrte Parteisprache gut nachvollziehbar.

Im Weiteren wird ein Sprung in die Periode nach dem Mauerfall gemacht. Die sprachliche Lage und die Sprache im Allgemeinen, zusammen mit der gesellschaftspolitischen Situation, hatte sich nach der Grenzöffnung allmählich von der parteilichen *Ideologiebelastung gereinigt*. Daher können im kommenden Beleg neue Ausdrücke respektive neue Positionierungsweisen festgestellt werden:

„Der Herbst 1989 hat offenbart, daß es ein Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit vieler Deutscher in der DDR und in der BRD gibt. Es ist wohl aus verschiedenen Gründen in der DDR stärker ausgeprägt als in der BRD. Nach dem Bankrott der zentralistisch-bürokratischen Herrschaftsstruktur hierzulande und ihrer Ideologie ist die auflebende Identifikation mit der deutschen Nation verständlich. Ich halte dieses Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit für das der Mehrheit der DDR-Bevölkerung. [...]

Das Gefühl nationalen Zusammengehörigkeit fällt keineswegs zwangsläufig mit dem Wunsch zusammen, aus den beiden existierenden deutschen Staaten einen neuen deutschen Gesamtstaat zu bilden. Es kann auch durch eine besonders intensive Kooperation der Deutschen auf den Gebieten des Massentourismus, der Wirtschaft und Politik, der Massenmedien und Kultur befriedigt werden“.

(WKD/BZA.00117 Berliner Zeitung, 19.12.1989, Ressort: Weltgeschehen; Wie wir damit umgehen, Deutsche zu sein [S. 4])

Der *Ideologie*-Begriff besitzt in diesem Kontext (*Bankrott der zentralistisch-bürokratischen Herrschaftsstruktur hierzulande und ihrer Ideologie*) eine höchst negative Konnotation, weil er mit der zentralistischen Machtstruktur im Zusammenhang steht. Daraus resultierend wird die *Ideologie* de facto mit der SED identifiziert, die sozusagen den Prozess des *nationalen Bewusstmachens* dauerhaft bremste. Vor diesem Hintergrund wird also die Problematik *des Gefühls nationaler Zusammengehörigkeit* erörtert; dieses lässt sich jedoch nicht mit dem Wunsch eines neuen deutschen Gesamtstaates vereinbaren. Die Periode nach der Grenzöffnung kann durch eine *Kritik der Ideologien* charakterisiert werden, was im nächsten Beleg zu finden ist:

„[...]“³⁷ Der DA lasse sich nicht in eine „rechte“ Ecke treiben und weist darauf hin, daß das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des real existierenden Sozialismus in ganz Europa gescheitert wäre. „In unserem politischen Wollen und Handeln lassen wir uns leiten von den Menschenrechten und den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Darin stecke all das, was der Sozialismus einmal wollte und nie konnte, weil er vergaß, daß es *um Menschen und nicht um Prinzipien und Ideologien geht*. Deshalb streite sich der DA im Wahlkampf *nicht um Ideologien, sondern um konkrete Inhalte*“.

(WKD/BZB.00525 Berliner Zeitung, 08.01.1990; Demokratischer Aufbruch zur politischen Lage [S. 3])

Bei der Analyse der Kollokation *Prinzipien und Ideologien* wird wiederum der Kontext in Betracht gezogen: Für ein besseres Verständnis der im Beleg erwähnten beiden Begriffe wird folgende Einteilung angeboten:

- Wenn von *Prinzipien* die Rede ist, werden darunter vor allem die *Parteiprinzipien* gemeint.
- Die *Ideologie* steht logisch für die *sozialistische Ideologie*:

[...] *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Darin stecke all das, was der Sozialismus einmal wollte und nie konnte, weil er vergaß, daß es im Menschen und nicht um Prinzipien und Ideologien geht.* [...].

Die grundlegende Frage liegt aber darin, ob es wirklich im *Sozialismus* um die Menschen bzw. um die Gerechtigkeit und Solidarität ging und ob sich dies als das Hauptziel des *Sozialismus* und der (*sozialistischen*) *Ideologie* bezeichnen lässt. Dafür werden wir uns der Kollokation *realer Sozialismus* bedienen, der in der DDR tagtäglich erlebt wurde.

Tatsächlich hat der Begriff des *realen Sozialismus* eine viel tiefere Bedeutung: Der *reale Sozialismus* ist eine Art des *Sozialismus*, der in der DDR-Wirklichkeit realisiert wurde; zudem ist *realer Sozialismus* ein gesellschaftliches System, das auf der *führenden Rolle der Partei* beruht. Hiermit lässt sich der gemeinsame Nenner der beiden *Sozialismus*-Ausarbeitungen, d. h. des *realen Sozialismus* und des *wissenschaftlichen Sozialismus*, definieren: Es ist die Partei. Bei der Analyse der SED-Rhetorik (oder der kommunistischen Rhetorik im Allgemeinen), stellen wir fest, dass die Partei die Existenz des *Sozialismus* ermöglichte und faktisch seine Legitimität bekräftigt. Somit steht die Partei für die Hauptbedingung der Existenz des

³⁷ Es werde eine ausländer- und fremdenfreundliche Politik vertreten und versuche, Einfluß auf Jugendliche zu nehmen, die aufgrund des gescheiterten Bildungssystems ihr Heil bei neofaschistischen und nationalistischen Gruppen suchen.

Sozialismus. Die im Beleg avisierten *Grundwerte der (sozialistischen) Ideologie* zeugen nur davon, wie inkohärent der *Sozialismus* und die *Ideologie* interpretiert und verstanden wurde.

Daraus lässt sich folgendes resümieren: Als Resultat unterschiedlicher Interpretationen der Begriff *Sozialismus* und *sozialistische Ideologie* können Missverständnisse und mögliche Fehlinterpretationen betrachtet werden. In der Tat: Es ging im *Sozialismus* nie um die Solidarität, Menschlichkeit bzw. Gerechtigkeit, weil diese nie angestrebt waren (nur schwer können die Stasi-Operationen als Ausdruck der Menschlichkeit angedeutet werden). Im *Sozialismus* ging es keinesfalls um die im Beleg erwähnten *Grundwerte*; der Kern der *Ideologie* liegt woanders.

Der Kern und zugleich die Bedingung der *sozialistischen Ideologie* ist ihre geschichtliche Vorbestimmung. Nach Lenin ist der *Sozialismus* „die schöpferische Tätigkeit der Volksmassen“ (vgl. Fidelius 2016: 196, Übersetzung M. K. Ď.), deren Vollendung erst durch die Partei verwirklicht ist. Sie ist also der Garant und Vertreter des *Sozialismus*. Mit anderen Worten: Es ist möglich, die *Partei* und den *Sozialismus* als Tautologie zu verstehen. Darüber hinaus konnte der *Sozialismus* niemals *demokratisch* angesehen werden, weil er viel mehr Regierung bzw. *Herrschaft einer Partei* ist.

Ein weiterer Aspekt, der zu kommentieren ist, sind die oben erwähnten Fehlinterpretationen des Begriffs *Ideologie* bzw. *sozialistische Ideologie*, und die daraus resultierenden Versuche der *Sozialismus*-Beharrung.

„[...] Für uns Liberale ist eine freie Gesellschaft untrennbar mit der sozialen Marktwirtschaft verbunden. Wir wollen keine neuen sozialistischen Experimente, wir wollen auch keinen konservativen Ständestaat. **Ideologien** haben wir genug gehabt. Was wir jetzt brauchen, ist zuallererst wirtschaftspolitische Kompetenz. Wir nehmen vorhandene soziale Ängste ernst. Aber wir halten nichts davon, wenn man sie schürt. Wir sind für soziale Gerechtigkeit. Doch nur mit voller Marktwirtschaft ist der dafür notwendige finanzielle Spielraum zu schaffen“.
(WKD/AVD.15057 Der Morgen, **Febr. 1990**; Der kleine Unterschied [S. 1])

Aus dem Beleg lässt sich die Distanz zur *sozialistischen Ideologie* deutlich herauslesen. Zugleich wird diese im Allgemeinen, d. h. die Distanz sowohl zur linken als auch zur rechten *Ideologie*, geäußert. Der Begriff *Ideologie* ist hier besonders negativ konnotiert, was sich auch in der Kollokation *sozialistisches Experiment* widerspiegelt, indem die Verbindung ironischerweise auf Fehler des *Sozialismus* hinweist. Er und die *sozialistische Ideologie* wurden

nicht als Weg des Fortschrittes wahrgenommen, sondern als etwas, was sich nach 40 Jahren der Existenz nicht bewährte. Die *sozialistische Ideologie* wollte dieses Scheitern jedoch nicht zugeben. Auf der anderen Seite ist ein deutlicher Abstand zur *faschistischen NS-Ideologie* zu konstatieren, die die Entwicklung in Deutschland von 1933 bis 1945 kennzeichnete.

Im letzten werden noch weitere Merkmale des Begriffs *Ideologie* thematisiert:

„In der herrschenden DDR-Wissenschaft versuchte man, das Dilemma durch eine merkwürdige Operation zu lösen. Man sagte, der Bürger habe die DDR-Staatsbürgerschaft und die Nationalität deutsch. Dabei wurde Staatsbürgerschaft einfach mit der Zugehörigkeit zur DDR-Nation gleichgesetzt. Staat und Nation wurden also miteinander identifiziert. [...]

Staat, und damit Nation, versuchte man so durch die unterschiedlichen ökonomischen und politischen Beziehungen, Sozialstrukturen, **Inhalte der Kultur und Ideologie** zu charakterisieren.

In der DDR, hieß es, beruhe die Nation auf ihrer sozialistischen Produktionsweise, kenne keine Klassenantagonismen, sondern sei durch eine wachsende politisch-moralische Einheit gekennzeichnet. Deshalb sei die sozialistische Nation auch wesentlich stabiler als die kapitalistische. Indem die Arbeiterklasse die Macht eroberte, habe sie die entscheidenden Voraussetzungen für die Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation geschaffen“.

(WKD/BZB.00626 Berliner Zeitung, **01.03.1990**, Ressort: Wissenschaft und Gesellschaft; Gab es nun zwei Nationen oder eine? [S. 9])

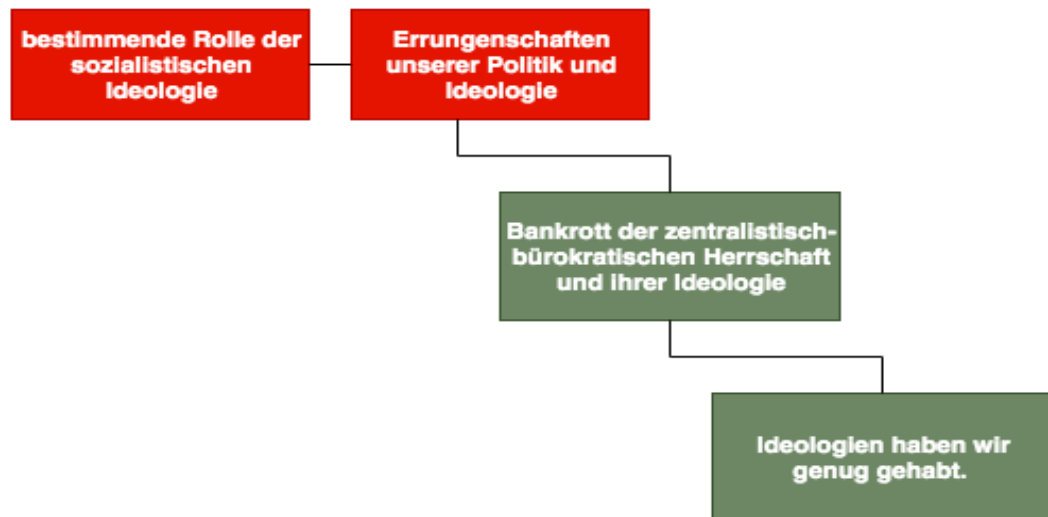
Grundsätzlich dürfte gelten: *Ideologie* ist in diesem Fall ein Mittel zur Identifizierung und Definition des Staates. Die Grenze zwischen dem, was der Staat ist, und dem, was die Nation ist, löscht sich auf der Basis der *sozialistischen Ideologie*.

Wie schon in obigen Untersuchungen avisiert wurde, ist der Grund dafür ist der gemeinsame Nenner – die Partei. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Partei durch Propaganda und (*sozialistische*) *Ideologie* systematisch an der Bildung der Kollektivität (bzw. des Kollektivs) beteiligt war, aus der der gesamte *Sozialismus* hervorging. Da der Sozialismus aufgrund des Kollektivismus keine Antagonismen kennt, positionierte er sich gegen den *Kapitalismus*, der im Gegensatz zum *Sozialismus* auf *Individualität* beruht.

Diese *Ideologie* behandelte Konzepte wie Staat und Nation auf ähnliche Weise. Aus dem letzten Beleg ist gewisse Veränderung im Denken der Bürger der noch-existierenden DDR ersichtlich. Zugleich ist dies ein Beweis dafür, wie Sprache der kommunistischen Macht und ihre *Ideologie* funktionierte.

3. Fazit

Die Graphik 2. skizziert den konnotativen Wechsel des Begriffs *Ideologie* und ihre semantischen Differenzierungen im Kontext der Wendezeit:



Sich mit Perspektiven der SED-Rhetorik zu beschäftigen, heißt vor allem, sich mit ideologischen Termini intensiv auseinanderzusetzen. Es geht nicht nur um die *Sprache an sich*, sondern viel mehr um die *Semantik*, *Parteiideologie* und *Kontexte*. Gerade der gesellschaftspolitische Kontext spielt bei der Analyse des marxistisch-leninistischen Kernvokabulars im Laufe der sog. Wende eine vordringliche Rolle, weil dieser die Semantik des jeweiligen Begriffs einrahmt.

Hiermit ist zu konstatieren, dass im Unterschied zu dem Begriff *Sozialismus*, wo die semantische Bedeutungsverschiebungen- bzw. Differenzierungen in den ostdeutschen Periodika allmählich auftreten, lassen sich solche auffallenden, allmählichen, semantischen Verschiebungen bei dem Begriff *Ideologie* nicht registrieren. Da der Begriff *Ideologie* durch die Parteiideologie belastet war (nämlich im Sinne der *sozialistischen Ideologie* bzw. *marxistisch-leninistischen Ideologie* [rote Kästchen]), sollte er nach dem Mauerfall an negativen Konnotationen gewinnen. Dies spiegeln die grün markierten Kästchen.

Der Grund könnte möglicherweise darin liegen, dass die Existenz der DDR jahrelang von dem *Kampf der Ideologien* geprägt war. Mit anderen Worten – die *sozialistische Ideologie* versuchte, sich gegen die feindliche *Ideologie* des *Kapitalismus* abzugrenzen. Wie eingangs

bereits angedeutet, zeugt von diesen – nicht nur sprachlichen – Tendenzen auch die
Frequenztafel am Anfang der semantischen Untersuchung.

Schlusswort

Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse bzw. Ergebnisse der Analysen einzelner *Schlüsselwörter* kurz zusammengefasst. Das Ziel der Untersuchungen war anhand der Empirie zu bestimmen, inwiefern die gewählten Termini (*Sozialismus* und *Ideologie*) den semantischen Veränderungen während der DDR-Wende unterlagen. Die semantischen Verschiebungen sind aufgrund unterschiedlicher Kollokationen im Rahmen eines Textes bzw. Belegs analysiert. Ob es wirklich zu einem semantischen und konnotativen Schub kam, war mithilfe des gesellschaftspolitischen Kontextes ersichtlich.

Die Tendenz der sog. *Demokratisierung der Sprache* (vgl. Oschlies) bestätigte sich in beiden Fällen.

Das hier erwähnte Phänomen ist eben an den Kollokationen *sozialistisches Vaterland, Stärkung des Sozialismus, die Gegner des Sozialismus* sichtbar, welche nach den ersten demokratischen Wahlen (18. März 1990) in den DDR Periodika nicht mehr vertreten sind. Alle hier vorgestellten Kollokationen weisen die Merkmale einer erstarrten Parteisprache auf. Zugleich melden sich zu dieser Zeit neue Ausdrücke und Kollokationen zu Wort, die den Begriff *Sozialismus, sozialistisch* konnotativ negativ dargestellt haben: *die Tragödie des Sozialismus, das sozialistische Experiment, stalinsche Fiktion des Sozialismus*. Gerade diese Verbindungen skizzieren vorbildlich die Emotionen der Zeit.

Trotzdem können gewisse Abweichungen festgestellt werden: Diese wiesen vor allem darauf hin, dass es nach dem Mauerfall bestimmte Kollokationen (z. B. *Ausbau sozialistischen Rechtsstaates*) gab, die *demokratisierend* wirken sollten. Beim näheren Nachblicken ist jedoch klar, dass diese Verbindungen nur an der Oberfläche als *demokratisch* bzw. ideologiefrei scheinen. In Ko(n)texten, in denen der Konzept *Sozialismus* auftrat, sind unter anderem auch solche Wörter und Verbindungen (z. B. *Dialog, Rechtsstaat, mehr Demokratie für mehr und besseren Sozialismus*) zu registrieren, welche neue Richtung dieses Konzepts bestimmen sollten (und zwar der sog. *Dritte Weg*).

Bei dem Begriff *Ideologie* können z. T. dieselben Ergebnisse der Analysen resümiert werden, was den *Demokratisierungsprozess* angeht. In den Belegen sind die Kollokationen *bestimmende Rolle des Sozialismus, Errungenschaften unserer Politik und Ideologie* zu finden, d. h. die verknöchernde Ausdruckweise der SED, die nach dem Mauerfall fast spurlos verschwand. Der *Ideologie*-Begriff bestand weiter an einer von der Partei gegebenen Dichotomie zwischen der *Ideologie des (wissenschaftlichen) Sozialismus* und der *kapitalistischen Ideologie*.

In diesem Fall liegt der Unterschied – konträr zum *Sozialismus*-Begriff – darin, dass das Schlüsselwort *Ideologie* nach dem Mauerfall sehr negative Konnotationen erhielt, z. B. *Bankrott der zentralistisch-bürokratischen Herrschaft und Ihrer Ideologie*. Dabei das vierzigjährige Bestehen der DDR (mit einer aufoktroierten *sozialistischen Ideologie*) hatte zur Folge, dass der Begriff automatisch mit der totalitären Vorgehensweise der DDR und sogar mit dem Dritten Reich assoziiert wurde (*Ideologien haben wir genug gehabt.*).

Abschließend lässt sich feststellen, dass die allgemeine Tendenz der *Demokratisierung* der beiden Begriffe durch die Frequenztabellen im analytischen Teil veranschaulicht ist:

Tab. 1.: *Sozialismus*

Treffer	Texte	Jahr
673	213	1989
327	136	1990

Tab. 2.: *Ideologie*

Treffer	Texte	Jahr
24	17	1989
41	28	1990

Im Unterschied zur ersten Frequenztafel kann hier eine unterschiedliche Tendenz bemerkt werden – und zwar eine sukzessive Verdoppelung der Frequenz des *Ideologie*-Begriffs. Wie ich schon am Anfang der Analyse erwähnte, kann der mögliche Grund der Verdoppelung darin liegen, dass der Begriff von seiner ursprünglich positiven Konnotation in sehr negative Konnotation geriet.

Zusammenfassung

Das Vorhaben meiner Bachelorarbeit war es, die semantischen Verschiebungen und Differenzierungen der aus dem marxistisch-leninistischen Vokabular stammenden Schlüsselwörter *Sozialismus* und *Ideologie* empirisch zu beschreiben, indem der allgemeine gesellschaftspolitische Kontext der DDR-Wende in Betracht gezogen ist.

Im theoretischen Teil habe ich mich mit der Problematik der sog. offiziellen Sprache und offiziellen Diskurses beschäftigt. Gegeben wurde gleichfalls ein Überblick des sich auseinanderentwickelten Wortschatzes, die Politik, Wirtschaft und Staat betreffend, in der DDR und BRD. Danach ist der offizielle Diskurs im Postsozialismus skizziert, wobei auch neue Tendenzen im Wortschatz angesprochen sind. Abschließend ist der Einfluss des Denkens an die Sprache dargestellt.

Den durchgeführten Analysen gingen mehrere Schritte voran, die zum besseren Verständnis der im Belegen untersuchten Schlüsselwörter (*Sozialismus* und *Ideologie*) beitragen sollten: Erstens, es ist ein Definitionsüberblick aus den Wörterbüchern gegeben, der ermöglichte, die Begriffe zu verstehen. Als der zweite Schritt ist die Frequenz einzelner Wörter vorgestellt, um die o. g. Tendenz der *Demokratisierung der Sprache* zu belegen. Drittens, es ist ein Überblick aus dem statischen Korpus CCDB gegeben, um die Semantik der jeweiligen Begriffe und ihre Kookkurrenzpartner zu differenzieren. Der vierte Schritt ist die Analyse der Termini selbst. Als Ausgangspunkt diente dabei das am IDS entstandene Korpus, das Wende-Korpus-Ost (WKD).

Die konkreten Untersuchungen der Belege sind im analytischen Teil präsentiert. Die Ergebnisse jeder Untersuchung sind in den Fazits resümiert, wo auch eine Graphik der analysierten Kollokationen und Verbindungen zugrunde lag. Dabei ist zu konstatieren, dass die Tendenz der sog. *Demokratisierung der Sprache* (vgl. Oschlies) sich in beiden Fällen bestätigte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass diese Bachelorarbeit unter anderem dazu beigetragen hat, auf die verführerischen und manipulativen Tendenzen in der Sprache hinzuweisen, die auch heutzutage höchst relevant sind. Es wurde gleichfalls darauf aufmerksam gemacht, dass Korporadaten von großem Nutzen bei der Untersuchung der parteilichen Ausdrucks- und Verwendungsweisen sein können.

Literaturverzeichnis

Sekundärliteratur

BANKOWICZ, Marek. *Kritikové marxismu*. Brno: Barrister & Principal, 2013.

BELICA, Cyril. *Semantische Nähe als Ähnlichkeit von Kookkurrenzprofilen*.
Erschienen in: ABEL, Andrea a Renata ZANIN (Hrsg.). *Korpora in Lehre und Forschung*.
Bozen-Bolsaro: Freie Universität, 2011. <http://corpora.ids-mannheim.de/SemProx.pdf>

BOCK, Bettina, Ulla FIX a Steffen PAPPERT (Hrsg.). *Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche*. Leipzig: Frank & Timme, 2011. S. 51-74.

BURKHARDT, Arnim (Hrsg.). *Handbuch politische Rhetorik*. Berlin, Boston: de Gruyter, 2019.

BURKHARDT, Arnim a K. Peter FRITZSCHE (Hrsg.). *Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“*. Berlin, New York: de Gruyter, 2015.

HELLMANN, Manfred: *Zur Sprache vor und nach der „Wende“ – Ost-West-Kulturen in der Kommunikation*.

Erschienen in: CASPER-HEHNE, Hiltraud a Army SCHWEIGER (Hrsg.). *Deutschland und die „Wende“ in Literatur, Sprache und Medien. Interkulturelle und kulturkontrastive Perspektiven. Dokumentation eines Expertenseminars für Internationale Alumni der Georg-August-Universität Göttingen vom 8. – 13. Juli 2007*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, 2008. S. 97-116.

FIDELIUS, Petr. *Řeč komunistické moci*. Druhé, rozšířené vydání. Praha: Triáda, 2016.

FIX, Ulla. *Sprache, Sprachgebrauch und Diskurse in der DDR*. Berlin: Frank & Timme, 2014.

FLEISCHER, Wolfgang. *Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR: Fragen seines Aufbaus und seine Verwendungsweise*. 2. unveränd. Aufl. Leipzig: Bibliographisches Institut, 1988.

GOPPEL, Thomas (Hrsg.). *Wirkung und Wandlung der Sprache in der Politik. Symposium an der Universität Passau vom 25. und 26. November 1988*. Passau: Universitätsverlag, 1988: S. 91-104.

HELBIG, Gerhard, Heidrun POPP a Bernd KIBITZKI, ed. *Deutsch als Fremdsprache: Zeitschrift zur Theorie und Praxis des Faches Deutsch als Fremdspracher*. Leipzig: Herder-Institut, 1991. S. 45-47.

FRAAS, Claudia a Kathrin STEYER. *Sprache der Wende – Wende der Sprache? Beharrungsvermögen und Dynamik von Strukturen im öffentlichen Sprachgebrauch*.
Erschienen in: HELLMANN, Manfred a Marianne W. SCHRÖDER (Hrsg.). *Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West. Ein Reader zu fünfzig Jahren Forschung. Unter*

Mitarbeit von Ulla Fix. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Thierse. Hildesheim, Zürich, New York: Olms, 2008. S. 299-315

HELLMANN, Manfred. *Sprache zwischen Ost und West – Überlegungen zur Wortschatzdifferenzierung zwischen BRD und DDR und ihre Folgen.*

Erschienen in: HELLMANN, Manfred a Marianne W. SCHRÖDER (Hrsg.). *Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West. Ein Reader zu fünfzig Jahren Forschung. Unter Mitarbeit von Ulla Fix. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Thierse.* Hildesheim, Zürich, New York: Olms, 2008. S. 235-265.

HELLMANN, Manfred W. *DDR Sprachgebrauch nach der Wende – eine erste Bestandsaufnahme.* In: Muttersprache Jg. 100 (1990): S. 266-286.

HELLMANN, Manfred W. *Wörter der Wendezeit – dokumentarisch-lexikographische Erschließung des Wendekorpus.* In: Sprachreport, Heft 3/1995 (1995). S. 14-16.

HERBERT, Dieter. *Sprachpflege und Sprachkultur. Zeitschrift für gutes Deutsch.* Jg. 40, 1991. H. 1, S. 1-5.

OSCHLIES, Wolf. *„Wir sind das Volk“: Zur Rolle der Sprache bei den Revolutionen in der DDR, Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien.* Köln: Böhlau Verlag, 1990.

REIHER, Ruth (Hrsg.). *Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen.* Berlin, New York: de Gruyter, 1995.

REIHER, Ruth a Rüdiger LÄZER. *Von „Buschzulage“ und „Ossinachweis“: Ost-West-Deutsch in der Diskussion.* Berlin: Taschenbuch Verlag, 1996.

SAMUELSON, Paul Anthony a William D. NORDHAUS. *Ekonomía.* 16. vyd. Bratislava: Elita, 2000.

SIEWERT, Klaus et. al. *Vor den Karren der Ideologie: DDR-Deutsch und Deutsch in der DDR.* Münster: Waxmann Verlag, 2004.

STRAUSS, Gerhard. *Der politische Wortschatz: Zur Kommunikations- und Textsortenspezifität.* Tübingen: Gunter Narr Verlag, 1986.

WEBER, Hermann a Jan DOBEŠ. *Dějiny NDR.* Praha: Nakladatelství Lidové noviny, 2003.

WOLF, Birgit. *Sprache in der DDR: Ein Wörterbuch.* Berlin, New York: de Gruyter, 2000.

Wörterbücher

DUROZOI, Gérard a André ROUSSEL. *Filozofický slovník*. Praha: EWA, 1994.

DWDS-online- Wörterbuch: <https://www.dwds.de/>

KLAPPENBACH, Ruth a Wolfgang STEINITZ, ed. *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*. 7., bearb. Aufl. Berlin: Akademie-Verlag, 1974.

SCHMIDT, Manfred G. *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner, 1995.

ŽALOUDEK, Karel. *Encyklopedie politiky*. Praha: Libri, 1999.

WOLF, Birgit. *Sprache in der DDR: Ein Wörterbuch*. Berlin, New York: de Gruyter, 2000.

Elektronische Quellen

BELICA, Cyril: *Kookkurrenzdatenbank CCDB*: <http://corpora.ids-mannheim.de/ccdb/>

DWDS-online- Wörterbuch: <https://www.dwds.de/>

Das deutsche Referenzkorpus, Wende-Korpus-Ost (WKD): <https://cosmas2.ids-mannheim.de/cosmas2-web/>